



Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Personalamt

Verwaltungsstation
im
Juristischen Referendariat
der
Freien und Hansestadt Hamburg

Ein Wegweiser zu Ihrer besseren Orientierung

Inhaltsverzeichnis

1. Möglichkeiten der Verwaltungsausbildung in Hamburg (S. 3)
2. Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (S. 4)
3. Zusammenstellung der Hamburger Ausbildungsstellen für den Verwaltungsbereich (S. 5)
4. Verzeichnis der Ausbildungsstellen mit Anschriften, Ausbildungsleitungen und Telefonnummern (S. 6)
5. Präsentation der Ausbildungsbereiche (S. 14)
(Hinweis: einige Ausbildungsbereiche haben zwar auf eine nähere Beschreibung verzichtet, bilden aber dennoch aus; siehe Nr. 4)

Ihre Betreuung im Personalamt erfolgt durch:

- *Beratung:*
Mirko Küssner, Tel.: 0 40 / 4 28 31 - 1423
Mirko.Kuessner@personalamt.hamburg.de
- *Zuweisungen (Verwaltungsstation + Arbeitsgemeinschaft)*
Bianca Hagemann, Tel.: 0 40 / 4 28 31 - 1524
Bianca.Hagemann@personalamt.hamburg.de

(in Vertretungsfällen)

Susanne Werner, Tel.: 0 40 / 4 28 31 - 1482
Susanne.Werner@personalamt.hamburg.de

Möglichkeiten der Verwaltungsausbildung in Hamburg für juristische Referendarinnen und Referendare bei einer Verwaltungsbehörde als Verwaltungsstation, Wahlstation I und/oder Wahlstation II (§§ 41 HmbJAG ff.)

Die dreimonatige Pflichtstation bei einer Verwaltungsbehörde (§ 41 Abs. 1 Ziff.3 HmbJAG: Verwaltungsstation) ist in einer inländischen öffentlich-rechtlichen Einrichtung abzuleisten (Behörden, Ämter, Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts).

Die Ausbildung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (dreimonatiges Ergänzungsstudium, Einzelheiten unter www.hfv-speyer.de), die Ausbildung bei einem Verwaltungsgericht (VG Hamburg für die Organisation Tel. 4 28 43 - 7500) wie auch die Ausbildung bei einer überstaatlichen, zwischenstaatlichen oder ausländischen Ausbildungsstelle ist nicht im Bereich der Verwaltungsstation, sondern im Rahmen der Wahlstation I, ggf. auch im Rahmen der Wahlstation II möglich (§ 42 HmbJAG). Es wird darauf hingewiesen, dass in der Personalstelle für Referendare eine Sammlung von Auslandsberichten bereitgehalten wird, die Vorgängerinnen und Vorgänger von Ihnen erstellt haben, und die wichtige Anregungen für Sie enthält. Bitte setzen Sie sich bei Interesse mit Ihrer zuständigen Sachbearbeiterin bzw. Ihrem Sachbearbeiter in Verbindung.

Sofern die Ausbildung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer im Rahmen der Wahlstation I nicht ermöglicht werden kann, besteht hierfür die Möglichkeit der Anrechnung auf die Anwaltstation (siehe auch gesondertes Speyer-Merkblatt S. 4).

Die Verwaltungsstation kann durch die Wahlstation I und/oder durch die Wahlstation II vertieft werden.

Die Verwaltungsstation darf nicht unmittelbar vor der Wahlstation II liegen (§ 43 Abs. 2 HmbJAG).

Die Verwaltungspflichtarbeitsgemeinschaft beginnt - im Regelfall zum Monatsende - mit einer zwei- bis dreitägigen Blockveranstaltung, die dann begleitend an einem Nachmittag pro Woche fortgesetzt wird (ca. 6-7 Einzelveranstaltungen). Sie findet - soweit möglich - parallel zur Verwaltungsstation statt. Soweit die Verwaltungsstation bei einer anderen inländischen öffentlich-rechtlichen Einrichtung außerhalb Hamburgs abgeleistet wird, wird die Arbeitsgemeinschaft im Anschluss in Hamburg nachgeholt. Die Arbeitsgemeinschaft im Einzelfall vor die Verwaltungsstation vorzuziehen, ist nur möglich, wenn dies rechtzeitig im Personalamt beantragt wird (ca. drei Monate vor dem gewünschten AG-Beginn).

Grundvoraussetzungen für die Anerkennung als Verwaltungsstation:

1. Behörde, Amt; Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts
2. juristische Ausbildungsleitung
3. juristischer Einsatzbereich

I. Teilnahmemöglichkeiten

- während der Wahlstation I (§ 42 Abs. 1 JAG)
- während der Rechtsanwaltsstation (Pflichtstation, § 41 Abs. 1 Ziff. 4 JAG), sofern eine Teilnahme im Rahmen der Wahlstation I nicht ermöglicht werden kann (§ 41 Abs. 3 JAG)
- ggf. auch während der Wahlstation II (§ 42 Abs. 2 JAG)

II. Dauer und zeitliche Lage

Das Ergänzungsstudium dauert drei Monate; es kann im Sommersemester (Mai - Juli) oder im Wintersemester (November - Januar) absolviert werden.

III. Inhaltliche Ausgestaltung

Ausbildungsangebote in den Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie Nachbardisziplinen, z.B. Soziologie und Wirtschaftswissenschaften in Form von Vorlesungen, Seminaren, Kolloquien und projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften,

Teilnahmemöglichkeiten an staats- und verwaltungsrechtlichen Übungen für Referendarinnen und Referendare,

Vermittlung von praxisbezogenen Einblicken in verwaltungsrelevante Problemfelder wie z.B. Verwaltung und Umwelt, Planung und Entscheidung, Organisation und Personal, Arbeit und soziale Sicherung,

Vermittlung von Praxiskontakten durch das Lehrpersonal im Rahmen von Veranstaltungen, z.B. Vorstellung von Arbeitsergebnissen in einem Bundesministerium,

Gelegenheit zum Erlernen und Einüben praktischer Fähigkeiten, z.B. Konferenz- und Verhandlungstechnik.

IV. Anmeldung zur Teilnahme

Formlose schriftliche oder elektronische (E-Mail) Anmeldung beim Personalamt, das telefonisch weitere Informationen gibt und zu einem vorbereitenden „Speyer-Treff“ (im März für das Sommersemester, im September für das Wintersemester) einlädt, ist auf jeden Fall erforderlich. Wir benötigen: Ihren Namen, Adresse, mögl. Mobiltelefonnummer und Ihre E-Mail-Adresse. Außerdem schriftlicher Antrag auf Zuweisung bei der Personalstelle für Referendare.

V. Zusätzliche finanzielle Zuwendungen

Das Hanseatische Oberlandesgericht zahlt zusätzlich zur Unterhaltsbeihilfe einen einmaligen Betrag in Höhe von € 150,00.

„Speyer-Botschafter“:

Aktuell von der DHV-Speyer für das Bundesland Hamburg ernannte „Botschafter“ (Werbung für diese Station, Informationen, Tipps aus erster Hand etc.):

Constantin Brecht (constantin.brecht@web.de) + Dennis Bloch (dennisbloch@gmx.de)

Übersicht über die näher beschriebenen Hamburger Ausbildungsstellen für den Verwaltungsbereich

Seite:

Verfassungsbereich

- 14 Bürgerschaftskanzlei
- 15 SPD – Bürgerschaftsfraktion
- 16 CDU – Bürgerschaftsfraktion
- 17 GAL – Bürgerschaftsfraktion
- 18 Die LINKE – Bürgerschaftsfraktion

Besondere Behörden

- 19 Rechnungshof der FHH
- 20 Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Senatsämter

- 21 Senatskanzlei
- 22 Personalamt

Fachbehörden

- 23 Justizbehörde
- 26 Beh. für Schule u. Berufsbildung (BSB)
- 27 Behörde für Wissenschaft und Forschung
- 29 Behörde für Kultur, Sport und Medien
- 31 Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG)
- 39 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)
- 41 Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA)
- 54 Behörde für Inneres (Bfi)
- 60 Finanzbehörde
- 63 Finanzbehörde – Steuerverwaltung -

Bezirksämter

- 65 Bezirksamt Hamburg-Mitte
- 66 Bezirksamt Altona
- 67 Bezirksamt Eimsbüttel
- 68 Bezirksamt Hamburg-Nord
- 69 Bezirksamt Wandsbek
- 71 Bezirksamt Bergedorf
- 72 Bezirksamt Harburg

Seite:

Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts

- 73 Hamburg Port Authority (HPA)
- 74 Hanseatische Wertpapierbörse Hamb.
- 75 Ärztekammer Hamburg
- 76 Berufsgenossenschaften
- 79 Hamburger Stadtentwässerung (HHSE)
- 80 Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH)
- 81 Hamburgische Architektenkammer
- 82 Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt
- 84 Handelskammer Hamburg
- 85 Handwerkskammer Hamburg
- 86 Hanseatische Rechtsanwaltskammer
- 87 Kirchen und Religionsgesellschaften
- 89 Krankenkassen
- 90 Norddeutscher Rundfunk (NDR)
- 92 Stadtreinigung Hamburg
- 93 SRH Verwaltungsgesellschaft mbH
- 94 Steuerberaterkammer Hamburg

Bundesbehörden

- 95 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
- 96 Zollfahndungsamt Hamburg

Hochschulen

- 97 Universität Hamburg
- 98 Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)
- 99 Hochschule für Musik und Theater
- 100 HafenCity Universität Hamburg (HCU)

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
1 Bürgerschaftskanzlei Schmiedestraße 2 20095 Hamburg	Herr Peter Meyer	4 28 31-1317 / 1320
2 SPD - Bürgerschaftsfraktion Rathaus 20095 Hamburg	Frau Swantje Glismann	4 28 31-1657
3 CDU - Bürgerschaftsfraktion Poststraße 11 20354 Hamburg	Herr Bengt Hausen	4 28 31-1371
4 GAL - Bürgerschaftsfraktion Rathaus 20095 Hamburg	N.N. Zurzeit keine Ausbildungsmöglichkeit	4 28 31-2540
5 Die LINKE - Bürgerschaftsfraktion Schauenburgerstr. 49 20095 Hamburg	Herr Roman Denter	4 28 31-2388
6 Rechnungshof der FHH (RH) Gänsemarkt 36 20354 Hamburg	Frau Wiebke Aust	4 28 23-1788
7 Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Klosterwall 6, Block C 20095 Hamburg	Frau Elisabeth Duhr Frau Helga Naujok	4 28 54-4059 4 28 54-4058
8 Senatskanzlei Hermannstraße 15 20095 Hamburg	Herr Wolfgang Grätz	4 28 31-2500
9 Personalamt Steckelhörn 12 20457 Hamburg	Herr Dr. Harald Wollweber	4 28 31-1449
10 Justizbehörde Drehbahn 36 20354 Hamburg	Frau Dr. Carola Klaassen <u>Strafvollzug:</u> Frau Renate Fey	4 28 43-1551 4 28 43-3818
11 Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburger Straße 31 22083 Hamburg	Herr Andreas Gleim	4 28 63-2164
12 Behörde für Wissenschaft und Forschung - Hochschulamt - Hamburger Straße 37 22083 Hamburg	Frau Dr. Jutta Krüger	4 28 63-2521

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
13	Behörde für Kultur, Sport und Medien Hohe Bleichen 22 20354 Hamburg	Frau Rosemarie Kasper-Garbe 4 28 24 - 210
14	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	<u>Amt für Zentrale Dienste</u> Herr Christoph Lucks Hamburger Str. 47 22083 Hamburg 4 28 63 - 3015
		<u>Amt für Familie</u> Herr Dr. Matthias Bartke Adolph-Schönfelder-Straße 5 22083 Hamburg 4 28 63 - 7128
		<u>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</u> <i>Abt. Gesundheit und Abt.</i> Planung Controlling Haushalt Billstraße 80 20539 Hamburg
		<i>Öffentl. Gesundheitsdienst</i> Herr Harald Wittenburg 4 28 37 - 3629
		<i>Drogen und Sucht</i> Herr Peter Keller 4 28 37 - 2317
		<i>Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung</i> Frau Annegret Wittmann 4 28 37 - 2231
		<i>Versorgungsplanung</i> Herr Dr. Bernd Obermöller 4 28 37 - 2132
		<i>Planung Controlling Haushalt</i> Herr Tim Angerer 4 28 37 - 2220
	<u>Amt für Arbeitsschutz</u> Frau Gabriele Gilardoni Billstraße 80 20539 Hamburg 4 28 37 - 3558	
15	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	<u>Rechtsamt</u> Herr Martin Huber Düsternstraße 10 20355 Hamburg 4 28 40 - 3010

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon	
16	Behörde für Wirtschaft und Arbeit Alter Steinweg 4 20459 Hamburg	<u>Ausbildungsleitung:</u> Herr Eike Klebe	4 28 41 - 1807
		<u>Referendarbetreuung</u> Frau Brigitte Heissler	4 28 41 - 3065
17	Behörde für Inneres Johanniswall 4 20095 Hamburg	<u>Allgemeine Grundsatz- und Rechts- angelegenheiten:</u> Herr Henning Gerlemann	4 28 39-3760
		<u>Grundsatzangelegenheiten des Straßenverkehrs:</u> Herr Rupert Schubert	4 28 39-2866
		<u>Amt für Innere Verwaltung und Planung</u> Abteilung für öffentliche Sicherheit: Frau Ute Bödecker	4 28 39-3768
		<u>Abteilung Katastrophen-, Brand- und Bevölkerungsschutz:</u> Herr Dr. Hans-Hermann Zahn	4 28 39-2685
		<u>Arbeitsgruppe Scientology (AGS):</u> Jurist der AGS	4 28 86-6418
		<u>Einwohnerzentramt :</u> Herr Dr. Johannes Richter Amsinckstraße 34 20097 Hamburg	4 28 39-3539
		<u>Polizei/Justizariat</u> Herr Ettemeyer Bruno-Georges-Platz1 22297 Hamburg	4 28 66-9300
18	Finanzbehörde Rödingsmarkt 2 20459 Hamburg	<u>(ohne Steuerverwaltung)</u> Herr Hans-Jürgen Behncke	4 28 23 - 1400
	bzw. Gänsemarkt 36 20354 Hamburg	<u>Steuerverwaltung:</u> Herr Marc Albinger Frau Stephanie Mohr (Amt 5) Gänsemarkt 36 20354 Hamburg	4 28 23 - 2364 4 28 23 - 2363
19	Bezirksamt Hamburg-Mitte Klosterwall 2 (City-Hof) Block A 20095 Hamburg	Herr Diethardt Wölk	4 28 54 - 3325

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
20 Bezirksamt Altona Platz der Republik 1 22765 Hamburg	Herr Björn Farries	4 28 11 - 2176
21 Bezirksamt Eimsbüttel Grindelberg 66 20139 Hamburg	Fr. Gundi Waßmann	4 28 01 - 3783
22 Bezirksamt Hamburg-Nord Kümmellstraße 7 20249 Hamburg	Herr Matthias Dummer	4 28 04 - 2252
23 Bezirksamt Wandsbek Am Alten Posthaus 2 22041 Hamburg	<u>Bezirksamtsleitung:</u> Frau Schroeder-Piller	4 28 81 - 3001
	<u>Rechtsamt:</u> Herr Rolf Brüggemann	4 28 81 - 2553
24 Bezirksamt Bergedorf Wentorfer Straße 38 21029 Hamburg	Frau Angela Braasch-Eggert	4 28 91 - 2028
25 Bezirksamt Harburg Harburger Rathausplatz 1 21073 Hamburg	Herr Mathias Koch	4 28 71 - 3561
26 Hamburg Port Authority Neuer Wandrahm 4 20457 Hamburg	Herr Dr. Jörn Augner	4 28 47-3951
27 Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg (BÖAG Börsen AG) Kleine Johannisstraße 2-4 20457 Hamburg	Herr Dr. Thomas Ledermann	36 13 02 - 0
28 Ärztchammer Hamburg Humboldtstraße 56 (Ärztchhaus) 22083 Hamburg	Frau Gabriela Luth	22802-449
29 See-Berufsgenossenschaft Reimerstwierte 2 20457 Hamburg	Herr Christian Bubenzer	36 137 600
30 Verwaltungs-Berufsgenossenschaft Deelbögenkamp 4 22297 Hamburg	Herr Rüdiger Siem	5146-2159
31 Berufsgenossenschaft der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen Fontenay 1 a 20354 Hamburg	Frau Köllmann	44118-118

Ausbildungsbereiche		Ausbildungsleitungen	Telefon
32	Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen Ottenser Hauptstraße 54 22765 Hamburg	Frau Kudzielka	3980-1500
33	Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie Borsteler Chaussee 51 22453 Hamburg	Herr Reinhard Holtstraeter	236 32-602
34	Berufsgenossenschaft für Gesund- heitsdienst und Wohlfahrtspflege Pappelallee 35 - 37 22089 Hamburg	Herr Kai Ristig Herr Marc Niemann	20207 - 1500 - 1599 - 1157
35	Hamburger Stadtentwässerung Banksstraße 4 - 6 20097 Hamburg	Herr Carsten Pohl	3498-50210
36	Medienanstalt Hamburg / Schleswig- Holstein (MA HSH) Rathausallee 72-76 22846 Norderstedt	Herr Torsten Giebel	36 90 05-26
37	Hamburgische Architektenkammer Grindelhof 40 20146 Hamburg	Herr Dr. Holger Matuschak	441841-0
38	Hamburgische Wohnungsbau- Kreditanstalt Besenbinderhof 31 20097 Hamburg	Herr Hans-Hermann Gerke	248 46-240
39	Handelskammer Hamburg Adolphsplatz 1 20457 Hamburg	Herr Dr. Andreas Fuhrhop	36138-307
40	Handwerkskammer Hamburg Holstenwall 12 20355 Hamburg	Herr Dr. Dietmar Buchholz	35905-248
41	Hanseatische Rechtsanwaltskammer Bleichenbrücke 9 20354 Hamburg	Herr Hartmut Scharmer	35 74 41 - 14
42	Kassenärztliche Vereinigung Hamburg Humboldtstraße 56 (Ärztehaus) 22083 Hamburg	Herr Gert Filler	22802-317

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
43 Nordelbische Ev.-Luth. Kirche Landeskirchliche Beauftragte bei Senat und Bürgerschaft der FHH Esplanade 14 20354 Hamburg	Frau Dr. jur. Elisabeth Chowaniec	36 90 02-31/32
44 Nordelbische Ev.-Luth. Kirche Kirchenkreis Alt-Hamburg Danziger Straße 15-17 20099 Hamburg	Frau Horstmann-Vach	36893-40
45 Röm.-kathol. Kirche in Hamburg Danziger Straße 52 A 20099 Hamburg	Herr Schmiemann	24877-231/241
46 Krankenhäuser Hamburg (LBK) Friedrichsberger Straße 56 22081 Hamburg	Frau Monika Lehmann	181884-2007
47 Techniker Krankenkasse Bramfelder Straße 140 22305 Hamburg	<u>Hauptverwaltung</u> Bereich Leistungen: Herr Rainer Bunk Herr Matthias Paesch	6909-1759 6909-1535
48 AOK Hamburg Pappelallee 22-26 22089 Hamburg	Herr Thorsten Burmeister	20 23 0 (Zentrale)
49 Deutsche Angestellten- Krankenkasse Nagelsweg 27 - 30 20097 Hamburg	Herr Dr. Martin Schiffner	2396-1042
50 BKK Mobil Oil Hühnerposten 2 20097 Hamburg	Herr von Barby	3002-2863
51 Securvita BKK Lübeckertordamm 1 - 3 20099 Hamburg	Herr Dr. Torsten Göhner	33 47-7

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon	
52	Norddeutscher Rundfunk	<u>Justitiariat:</u> Herr Klaus Siekmann Rothenbaumchaussee 132 20149 Hamburg <u>Personalwirtschaft:</u> Herr Damm Warburgstr. 30 b 20354 Hamburg	4156-2234 4156-3496
53	Stadtreinigung Hamburg (SRH) Bullerdeich 19 20537 Hamburg	Justiziariat: Herr Dr. Joachim Greinert	2533-1370
54	SRH Verwaltungsgesellschaft mbH Unternehmen der SRH Anstalt öffentlichen Rechts Bullerdeich 19 20537 Hamburg	Geschäftsführung Herr Dr. Joachim Greinert	2576 - 3030
55	Steuerberaterkammer Hamburg Raboisen 32 20095 Hamburg	Herr Philipp Seifert	448043-0
56	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) Martinistraße 52 20246 Hamburg	Rechtsabteilung: Herr Oliver Füllgraf	7410-52015
57	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg	Herr von Ostrowski	3190-2100
58	Eisenbahnbundesamt Schanzenstraße 80 20357 Hamburg	Frau Cornelia Pätzold	239 08-0101
59	Zollfahndungsamt Hamburg Sieker Landstr. 39 22143 Hamburg	Frau Sabine Heise	675 71 – 100
60	Universität Hamburg Moorweidenstr. 18 20148 Hamburg	Herr Burkhard Warninck	4 28 38-3292
61	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) Studierendenzentrum Stiftstr. 69 20099 Hamburg	Herr Jens Leichsenring	4 28 75-9040
62	Hochschule für Musik und Theater	Frau Gabriele Bastians	4 28 48-2587

Ausbildungsbereiche**Ausbildungsleitungen****Telefon**

	Harvestehuder Weg 12 20148 Hamburg		
63	Technische Universität Hamburg-Harburg Schlossmühlendamm 30-32 21073 Hamburg	Herr Hans-Joachim Moldenhauer	4 28 78-3296
64	HafenCity Universität Hamburg (HCU) Lohseplatz 1a 20457 Hamburg	Frau Frauke Nordmann	4 28 27 - 2734
65	Helmut-Schmidt-Universität (Universität der Bundeswehr Hamburg) Holstenhofweg 85 22043 Hamburg	Herr Joachim Manzel	6541-2706
66	Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle Dammtorstr. 14, 20354 Hamburg	Frau Dr. Monika Hartges	4 28 43-3070

Ausbildungsstelle: **Bürgerschaftskanzlei**

Ausbildungsleitung: Herr LRD Peter Meyer

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 – 1317
peter.meyer@bk.hamburg.de
4 28 31 - 1653

Ausbildungskapazität: zwei Referendare/-innen

Rechtsgebiete: Verfassungsrecht, Parlamentsrecht (Geschäftsordnungs-, Abgeordneten-, Fraktionsrecht), Petitionsrecht, Ausländerrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung Recht und Eingaben

Ausbildungsinhalte:

- Bearbeitung von Petitionen und Grundsatzfragen des Petitionsrechts,
- Juristische Bearbeitung parlamentarischer Fragen,
- Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft und von Ausschüssen,
- Mündliche Vorträge in der Juristenrunde

Ausbildungsstelle: **Sozialdemokratische Fraktion der Hmb. Bürgerschaft (SPD)**

Ausbildungsleitung: Frau Swantje Glismann

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 - 1657
Swantje.Glismann@SPD-Fraktion.hamburg.de
4 28 31 - 2385

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: v.a. Landesrecht (s. u.)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- im wissenschaftlichen Arbeitsstab der SPD-Fraktion (derzeit neun Referentinnen und Referenten, darunter zwei Juristinnen, die vor allem die Felder der Innen- und Rechtspolitik betreuen).

Ausbildungsinhalte:

Die Fraktionsreferenten arbeiten an einem Schnittpunkt von Recht und Politik. Dabei hat unsere juristische Arbeit sämtliche Rechtsgebiete abzudecken; Schwerpunkt ist das öffentliche (Landes-) Recht, hier neben Verfassungsangelegenheiten vor allem das hamburgische Beamten-, Polizei- und Schulrecht. Häufig sind zudem Fragen des Ausländer- und des Strafprozessrechts zu klären.

Unsere Tätigkeit ist geprägt

- durch die inhaltliche Vorbereitung parlamentarischer Initiativen (Recherchen und Entwürfe für Kleine und Große Anfragen und Anträge incl. Gesetzentwürfe der SPD-Fraktion) sowie die Begutachtung von Vorlagen Dritter,
- außerdem von der Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft und ihrer Fachausschüsse, der Fraktion und der fraktionsinternen Arbeitskreise (im „Teilzeit-Parlament“ meist am Nachmittag oder Abend) sowie an Pressekonferenzen.

Da die konkreten Ausbildungsinhalte bei einer Parlamentsfraktion für den schriftlichen Teil des Assessorexamens von eher geringer Relevanz sind, bietet sich eine Station in unserem Arbeitsstab eher in einer Wahlstation als Vorbereitung auf die mündliche Prüfung als in der Verwaltungsstation an.

Allgemeine Informationen über die Fraktionsarbeit finden sich unter www.spd-fraktion-hamburg.de

Ausbildungsstelle: **CDU Bürgerschaftsfraktion Hamburg**

Ausbildungsleitung: Herr Bengt Hausen

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 - 1371
bengt.hausen@cdu-hamburg.de,
4 28 31 - 2527

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt im Bereich des öffentlichen Rechts, wobei es naturgemäß zu Überschneidungen mit anderen Rechtsgebieten kommt. Deutlich wird dies beispielsweise an der Reform des Polizeirechts im vergangenen Jahr, in deren Rahmen unter anderem viele strafprozessrechtliche Fragen auftauchten.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsreferendaren wird durch die Einbindung in die wissenschaftliche Betreuung von Abgeordneten und Ausschüssen der Bürgerschaft die Möglichkeit geboten, insbesondere Einblick in die Ressorts

- Justiz
- Inneres
- Verfassung

zu erlangen.

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung zeichnet sich durch große Vielfalt aus. Rechtsanwendung ist nur ein Teil der Arbeit. Im Vordergrund steht die Rechtsgestaltung: Initiativen der Bürgerschaft oder des Senats zur Änderung des Landesrechts (oder des Bundesrechts im Wege von Bundesratsinitiativen) werden von der Fraktion vorbereitet und aktiv begleitet.

In diesem Rahmen haben Referendare die Möglichkeit, an öffentlichen und internen Sitzungen teilzunehmen.

Zu betreuen sind überdies parlamentarische Anfragen von Abgeordneten.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Pressearbeit. Die Tagespresse ist aufmerksam zu verfolgen; gegebenenfalls sind Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Geschehnissen zu entwerfen. Es besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an Pressekonferenzen

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.cdu-hamburg.de.

Für Fragen stehen wir Ihnen auch telefonisch gern zur Verfügung.

Zurzeit keine Ausbildungsmöglichkeiten

Ausbildungsstelle: **GAL-Bürgerschaftsfraktion Hamburg**

Ausbildungsleitung: N.N.

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 - 2540
4 28 31 - 2660

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: Sämtliche Rechtsgebiete; insbesondere Landesrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In der GAL-Bürgerschaftsfraktion gibt es drei Volljuristen/-innen, welche zur Ausbildung von Referendare/-innen legitimiert sind. Ressortschwerpunkte: Innen- und Rechtspolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz, Wissenschaft und Hochschule, Verwaltungsreform

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung umfasst ein vielfältiges Tätigkeitsspektrum:

- Inhaltliche Vorbereitung von parlamentarischen Initiativen (Entwürfe für Kleine und Große Anfragen, Anträge, Gesetzesentwürfe)
- Wissenschaftliche Recherchen zu ausgewählten Schwerpunktthemen
- Erstellung von juristischen Bewertungen ressortübergreifender Fragestellungen/Gesetzen, Erstellung von Synopsen
- Pressearbeit in Form von Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Geschehnissen; Vorbereitung von Pressekonferenzen
- Teilnahme an und Vorbereitung von öffentlichen und internen (Bürgerschafts-, Ausschuss-) Sitzungen

Allgemeine Informationen über die GAL-Bürgerschaftsfraktion erhalten Sie unter www.gal-fraktion.de

Ausbildungsstelle: **DIE LINKE Bürgerschaftsfraktion Hamburg**

Ausbildungsleitung: Herr Roman Denter

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 – 23 88
roman.denter@linksfraktion-hamburg.de

Ausbildungskapazität: 2 Referendare/-innen

Rechtsgebiete: Schwerpunkte bestehen im Bereich des Polizeirechts, Strafvollzugsrechts, Ausländer- und Asylrechts und Umweltrechts. Daneben gibt es eine Vielzahl rechtlicher Fragen aus den Bereichen des Verfassungs- und Verwaltungsrechts sowie des Zivilrechts zu bearbeiten.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Die Fraktion „DIE LINKE“ beschäftigt 2 Volljuristen/-innen, die in den Bereichen Energie und Umwelt, Innen- und Rechtspolitik sowie des Eingabenausschusses tätig sind.

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung bei der Bürgerschaftsfraktion „DIE LINKE“ umfasst eine Vielzahl juristischer und rechtspolitischer Tätigkeiten. Wir vermitteln einen guten Einblick in die parlamentarischen Abläufe, insbesondere durch die Teilnahme an Bürgerschafts-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen. Die Arbeit besteht in der Vorbereitung Kleiner und Großer Anfragen sowie der Ausarbeitung von Anträgen und Gesetzentwürfen. In diesem Zusammenhang geht es darum, sich in einzelne rechtspolitische Themenbereiche einzuarbeiten und diese juristisch zu begutachten.

Allgemeine Informationen über die Bürgerschaftsfraktion „DIE LINKE“ erhalten Sie unter: www.linksfraktion-hamburg.de

Ausbildungsstelle: **Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg (RH)**

Ausbildungsleitung: Frau LRD'in Wiebke Aust
(Abtlg. -4a-)

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 23 – 1788 (Geschäftsstelle)
wiebke.aust@rh.hamburg.de
4 28 23 - 1538

Ausbildungskapazität: zwei - drei Referendare

Rechtsgebiete: öffentliches Recht; Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Mitwirken an Prüfungen in der Verwaltung der FHH
- Erstellen von Rechtsgutachten

Ausbildungsinhalte:

Einführung in die Aufgaben des RH als oberste Rechnungsprüfungsbehörde der FHH und Beratung von Bürgerschaft und Senat der FHH; Teilnahme an Prüfungen.

Der Rechnungshof ist oberste Rechnungsprüfungsbehörde der FHH. Seine Kompetenzen sind in der Verfassung der FHH begründet (Art. 71 HV) und im Gesetz über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg sowie insbesondere in der Landeshaushaltsordnung (u.a. §§ 88 ff. LHO) näher ausgeführt. Dem Rechnungshof obliegt die Überwachung der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsführung Hamburgs als Land und als Kommune. Sein mindestens 6 Mitglieder umfassendes Kollegialorgan genießt richterliche Unabhängigkeit. Der Rechnungshof prüft durch ihm zugehörige Prüferinnen und Prüfer die ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung aller Einrichtungen der FHH und, soweit insbesondere finanzielle Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten gewährt werden, auch Einrichtungen außerhalb der Verwaltung. Er stellt seine Ergebnisse zur Erteilung der Entlastung des Senats in einem jährlichen Bericht an die Bürgerschaft und damit für die Öffentlichkeit zusammen und berichtet der Bürgerschaft auf einzelne Ersuchen auf Basis von Prüfungserfahrungen. Der Rechnungshof agiert im Spannungsfeld zwischen Bürgerschaft und Senat mit seinen Behörden. Seine Aufgaben und seine Rolle bringen es mit sich, dass das Verfahren der Beteiligung des Rechnungshofs einerseits und die Prüfungsverfahren selbst andererseits weder mit Verwaltungsverfahren im eigentlichen Sinne noch mit Abläufen zwischen parlamentarischen Gremien identisch sind. Sie weisen Elemente von beidem auf und sind insoweit „einzigartig“. Eine Ausbildungsstation am Rechnungshof vermittelt in nur eingeschränktem Maße Basiskenntnisse im Verwaltungsrecht bzw. in der allgemeinen Verwaltungspraxis. Re-ferendare werden zuvörderst eingebunden in anhängige Prüfungsverfahren. Der Schwerpunkt liegt in der Anwendung von Haushaltsrecht und dieses weiter ausführenden und ergänzenden Vorschriften, z.B. im Vergaberecht, im Steuerverfahren oder im Personalwesen. Die Rechtsfragen, die im Rahmen einzelner Prüfungsverfahren zu bewerten sind, erfordern Bereitschaft zu gründlicher, selbstständiger und rascher Einarbeitung auch in Spezialthemen. Der Rechnungshof bietet angesichts seiner umfassenden Prüfungskompetenz Zugang zu jedem Rechtsgebiet, das von den jeweiligen Fachbehörden der FHH bearbeitet wird. Eigene Personalverwaltung und länderübergreifende Kontakte, z.B. Arbeitskreise und Präsidentenkonferenz, geben im Übrigen Gelegenheit, auch verwaltungstypische Verfahren kennen zu lernen.

Ausbildungsstelle: **Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit**

Ausbildungsleitung: Frau Elisabeth Duhr
Frau Helga Naujok

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 54 - 4058 oder 4 28 54 - 4059

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in zur Zeit

Rechtsgebiete: Alle Bereiche des Datenschutzrechts einschließlich des Telediensterechts

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Mitwirkung an Unternehmensprüfungen der Aufsichtsbehörde nach § 38 BDSG
- Bearbeitung von Eingaben Betroffener
- Vorbereitung von Stellungnahmen zu Entwürfen von Rechtsvorschriften
- Erstellung von Rechtsgutachten

Ausbildungsinhalte:

Die Aufsichtsbehörde kontrolliert die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch Unternehmen und andere nicht öffentliche Stellen z.B. in den Bereichen Versicherungen, Kreditwirtschaft, Auskunfteien, Handel, Werbung und freie Berufe. Die Prüfungen erstrecken sich häufig über drei Monate hinaus und können daher im Rahmen der Verwaltungsstation nur selten vollständig begleitet werden. Da neben der Zulässigkeit der Datenverarbeitung auch die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Datensicherheit (§ 9 BDSG nebst Anlage) kontrolliert werden, ist ein technisches Grundlagenwissen für die Verwaltungsstation wünschenswert. Praktische Kenntnisse über die klassischen Handlungsformen der Verwaltung (z.B. Verwaltungsakt) können im Rahmen der Ausbildung nur begrenzt vermittelt werden.

Ausbildungsstelle: **Senatskanzlei**

Ausbildungsleitung: Wolfgang Grätz

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 - 2500,
Wolfgang.Graetz@sk.hamburg.de
427 915 360,

Ausbildungskapazität: 14 Referendare

Rechtsgebiete: Staatsrecht, Europarecht, Völkerrecht, Medienrecht, Haushalts- und
Zuwendungsrecht sowie (beim Planungsstab:) diverse Gebiete des
Bundes- und Landesrechts

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Planungsstab (2 Plätze)
- Stabsstelle Protokoll (3 Plätze)
- Staatsamt, Abteilung Internationale Zusammenarbeit (3 Plätze)
- Staatsamt, Referat Europapolitik (2 Plätze) - zusätzlich 3 Plätze beim Kooperationspartner IPE (INFO-POINT EUROPA) Hamburg
- Vertretung beim Bund (Berlin) (1 Platz)

Ausbildungsinhalte:

- Beteiligung an Abstimmungen zu Senatsdrucksachen
- Zusammenarbeit der Länder im Medienrecht (Rundfunkkommission)
- norddeutsche Zusammenarbeit (Koordinierung und vertragliche Regelungen)
- Konsularangelegenheiten (Betreuung der Konsulate und des Konsularkorps)
- Gestaltung der internationalen Handlungsfelder des Senats
- europapolitische Fragestellungen mit juristischen Bezügen
- Wahrnehmung von Hamburger Interessen bei der Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und an der Rechtsetzung der Europäischen Union

Ausbildungsstelle: **Personalamt**

- Justitiariat -

Ausbildungsleitung: Herr LRD Dr. Harald Wollweber

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 31 - 1449

Harald.Wollweber@personalamt.hamburg.de

427 931 - 008

Ausbildungskapazität: Zwei Referendare zugleich. Die Jahresausbildungskapazität ist demzufolge abhängig von der Dauer der jeweiligen Ausbildungszeit

Rechtsgebiete: Beamtenrecht mit Nebengebieten sowie das Recht der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, Letzteres zurzeit allerdings im Wesentlichen beschränkt auf den Bereich der betrieblichen Altersversorgung.

Im Einzelnen hat das Justitiariats des Personalamtes die folgenden Aufgaben: Es nimmt die Aufgaben des Personalamtes als Widerspruchsbehörde im Sinne des § 126 des Beamtenrechtsrahmengesetzes wahr und führt sich daran anschließende beamtenrechtliche Prozesse.

Des Weiteren führt es arbeitsrechtliche Prozesse auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, ausnahmsweise auch in anderen Bereichen.

Es berät die Behörden und Ämter der Stadt sowie die Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg in personalrechtlichen Angelegenheiten sowie bei der Führung von Prozessen, soweit das Personalamt die Prozessführung nicht ohnehin selbst übernimmt

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In den o.g. Rechtsgebieten
- Des Weiteren besteht die Möglichkeit, nach Absprache mit den jeweiligen Referenten des Personalamtes Einblicke in die für das Beamten- und Tarifrecht zuständigen Bereiche zu erhalten.

Ausbildungsinhalte:

Entwerfen von beamtenrechtlichen Widerspruchsbescheiden sowie von Schriftsätzen an Gerichte und rechtsuchende Mitarbeiter der Stadt oder deren Bevollmächtigte in den o.g. Tätigkeitsbereichen des Justitiariats, des Weiteren Prüfung von rechtlichen Einzelfragen aus dem Bereich des Personalamtes.

Justizbehörde

Referendarausbildung in der Verwaltungsstation, Wahlstation I und / oder Wahlstation II (§§ 41, 42 HmbJAG)

- **Personalabteilung**
- **Stabsstelle Rechtspolitik**
- **Justitiariat, Justizgesetzgebung und Stiftungsrecht**
- **Strafvollzugsamt**

- **Personalabteilung**

Die Personalabteilung ist zuständig für die Personalangelegenheiten der Justiz wie Personalgewinnung und -auswahl (auch des höheren Justizdienstes), die Dienstaufsicht über die Gerichte sowie die Aus- und Fortbildungsangelegenheiten in der Justiz. Daneben obliegt ihr die Personalverwaltung für die Mitarbeiter der Justizbehörde und die Bearbeitung der personalrechtlichen Grundsatzangelegenheiten der Justizangehörigen insgesamt.

Referendarinnen und Referendare, die sich für das Personalrecht sowie Rechtsfragen, die in Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienst- und Arbeitsrecht stehen, sich aber auch für gelegentlich auftretende allgemeine öffentlich rechtliche Fragestellungen interessieren, werden hiermit aufgefordert, sich - unter Beifügung aussagekräftiger Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse u.ä.m.) - bei A 31, Ulrike Greese, Justizbehörde, Personalabteilung, zu bewerben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an
Ri'inSG Ariane Abayan
Tel.: 4 28 43 - 2048

- **Stabsstelle Rechtspolitik**

Die Stabsstelle Rechtspolitik ist die ministerielle Kernabteilung der Justizbehörde. Sie betreut die Vorbereitung und Umsetzung von Rechtssetzungsmaßnahmen des Bundes und des Landes in den Bereichen des Zivil- und Strafrechts sowie einigen Bereichen des öffentlichen Rechts. Daneben werden einzelne Funktionen der Landesjustizverwaltung wahrgenommen (internationale Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, Anerkennung ausländischer Ehescheidungen, Notariatsangelegenheiten). Ihr obliegt ferner die Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt bei der Rechtsprüfung der Vorlagen für den Senat.

Die besonderen Aufgaben der Stabsstelle Rechtspolitik erfordern rechtspolitisches Interesse und eine weitgehend durchgängige Präsenz während der Station sowie die Bereitschaft, auch mehrtägig außerhalb Hamburgs tätig zu sein.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei:
Frau Dr. Carola Klaassen, Tel.: 4 28 43 - 1551

- Justitiariat, Justizgesetzgebung und Stiftungsrecht

Das Referat bietet eine interessante Tätigkeit, in deren Rahmen sich Referendare nicht nur mit dem klassischen Verwaltungsrecht, sondern mit zahlreichen Fragen aus dem Zivil-, dem Straf- und dem Stiftungsrecht befassen. Damit erhalten sie einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Arbeitsbereiche einer Rechtsabteilung.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

Justitiariat:

- die Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten aller Art aus dem Bereich der Justizbehörde und den Gerichten,
- die Abwehr von Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen,
- die Befassung mit rechtspolitischen Fragestellungen,
- die Befassung mit sonstigen Justitiariatsaufgaben, inklusive der Erstellung von Rechtsgutachten;

Stiftungsaufsicht:

- im Rahmen der Stiftungsaufsicht sind Satzungsänderungen zu prüfen, Neugründungen rechtlich zu betreuen und weitere Aufsichtsmaßnahmen des Referates, das die Aufsicht über alle zivilrechtlichen hamburgischen Stiftungen führt, wahrzunehmen.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei:

RiLG Jakob Nicolai, Tel.: 4 28 42 - 3559

Ausbildungsstelle: **Justizbehörde**
- Strafvollzugsamt, Justizvollzugsanstalten -

Ausbildungsleitung: Renate Fey
Abteilung Aufsicht, Referat V 23 (Koordination für alle Ausbildungsbereiche in den Justizvollzugsanstalten)

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 43 – 3818
renate.fey@justiz.hamburg.de
4279 43 130

Ausbildungskapazität: siehe Bereiche

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Strafvollzugsrecht, Strafrecht,
Strafprozessrecht, gelegentlich auch andere Rechtsgebiete

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- JVA Billwerder: 2
- JVA Fuhlsbüttel: 3
- JVA Hahnöfersand: 1
- Sozialtherapeutische Anstalt Hamburg: 1
- Untersuchungshaftanstalt: 1

Ausbildungsinhalte:

Fertigung von Widerspruchsbescheiden in vollzuglichen Angelegenheiten, Bescheide von Dienstaufsichts- und Sachbeschwerden, Stellungnahmen zu Anträgen (einschließlich Eilanträgen) auf gerichtliche Entscheidung nach § 109 ff StVollzG, Stellungnahmen zu einer vorzeitigen Entlassung gemäß § 57 StGB, Stellungnahmen zu Gnadenanträgen, Berichte und Stellungnahmen an das Strafvollzugsamt, u.U. Erarbeitung neuer Anstaltsverfügungen und Rechtsgutachten; Teilnahme an Besprechungen und Konferenzen unterschiedlicher Berufsgruppen und Zuständigkeitsbereiche innerhalb der JVA.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Schule und Berufsbildung**
- Amt für Verwaltung -

Ausbildungsleitung: Herr Andreas Gleim

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 63 – 2164
Andreas.Gleim@bbs.hamburg.de
4 28 63 - 4036

Ausbildungskapazität: Rechtsabteilung: drei Referendare zur gleichen Zeit;
Personalabteilung: zwei Referendare zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: insb. Schulrecht, Beamtenrecht, Arbeitsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung
- Personalabteilung

Ausbildungsinhalte:

Rechtsabteilung: Umfassende Rechtsberatung der Schulen und Fachämter; Durchführung von Widerspruchsverfahren und Betreuung von Klagverfahren vor dem Verwaltungsgericht und dem Obergericht; Vorbereitung von Rechtssetzungsmaßnahmen der FHH im Geschäftsbereich der BBS; Bearbeitung von Aufgaben aus dem Bereich des Gebührenrechts, von Schadensersatz- und Amtshaftungsangelegenheiten, soweit es sich um grundsätzliche Fragestellungen oder Fälle besonderer Schwierigkeit oder Gerichtsverfahren handelt.

Personalabteilung: Justitiarangelegenheiten auf dem Gebiet des Personalrechts, d.h. rechtliche Beratung und Unterstützung der ausführenden Personalverwaltung, der Referentinnen und Referenten und Amtsleiter der BBS in Einzelfällen auf den Gebieten des Arbeits- und Beamtenrechts, Mitwirkung in ministeriellen Angelegenheiten, Prüfung von Widersprüchen in beamtenrechtlichen Fragen, Vertretung der Behörde vor den Gerichten, Durchführung von Disziplinarverfahren, Anerkennung von Dienst- und Arbeitsunfällen, Durchführung personalvertretungsrechtlicher Mitbestimmungsverfahren insbesondere Schlichtungen und die Mitwirkung bei Einigungen, Beratung und Unterstützung der Ämter bei grundlegenden personalrechtlichen und personalpolitischen Themenstellungen

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wissenschaft und Forschung**
- Hochschulamt -
Ausbildungsleitung: Frau Dr. Maike Steenbock
Telefon, E-Mail 428 63 – 2287; maike.steenbock@bwf.hamburg.de
Ausbildungskapazität: 2 Referendare zur gleichen Zeit

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Grundsatzangelegenheiten Wissenschaft
- Justizariat

1. Hochschulrecht und Hochschulpersonalrecht

Ausbilder: Herr Schaefer, Tel. 4 28 63 - 2290;
Peer.schaefer@bwf.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Der Grundsatzbereich Hochschulrecht ist verantwortlich für alle bundes- und landesrechtlichen Grundlagen des Hochschulrechts. Hierzu zählen u. a. Fragen der Hochschulorganisation, des Hochschulpersonal- und Hochschulbesoldungsrechts, der Lehrverpflichtung und des Hochschulzulassungsrechts. In diesem fachlichen Rahmen entwerfen und gestalten Sie neue Gesetze mit und unterstützen das Hochschulamt und die Hochschulverwaltungen in juristischen Grundsatzfragen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Anerkennung privater Hochschulen.

Sie erhalten einen umfassenden Einblick, wie bundes- und landesrechtliche Bestimmungen entworfen, abgestimmt, beschlossen und umgesetzt werden. Neben der Prüfung rechtlicher Grundsatzfragen und der Bewertung von Gesetzgebungsvorhaben von Bund und Ländern besteht die Möglichkeit, durch eine juristische Aufbereitung dieser Themen zur Information der Behördenleitung und des Senats in Form von Vermerken oder Drucksachen die persönliche Fähigkeit zur Vermittlung komplexer Sachverhalte zu schärfen.

2. Europaangelegenheiten

Ausbilderin: Frau Dr. Krüger; Tel. 4 28 63 - 2521;
jutta.krueger@bwf.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Thema „Europa“ entfaltet in Hamburg sowohl bei den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen als auch bei den politischen Entscheidungsträgern zunehmende Bedeutung. Als Querschnittsreferat werden Ausgaben- und Themenstellungen aus den unterschiedlichsten Bereichen behandelt und bearbeitet. Zu-

meist ist eine Begleitung europarechtlicher Entscheidungsprozesse schon in einem frühen Stadium geboten.

Sie werden in diesem Referat mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Fragestellungen konfrontiert. So können Sie auf Themen treffen, die ein Spektrum von der Raumfahrt bis zur Internetkriminalität ausfüllen. Sie werden Stellungnahmen für verschiedene Gremien (z.B. Kulturausschuss des Deutschen Bundesrates, Ausschüsse der Hamburger Bürgerschaft, Abteilungen des BMBF) zu Fragen in diesem Spektrum verfassen. Dabei wird Ihre Fähigkeit trainiert, sich in ganz unterschiedliche Themengebiete einzuarbeiten. Zugleich werden Sie an Behördenabstimmungen teilnehmen und Sitzungen, Workshops und Fortbildungsveranstaltungen beiwohnen. Des Weiteren werden Sie die Referentin bei der Betreuung von Forschungsprojekten der Hochschulen unterstützen. Sie erleben die Universität aus einem ganz neuen Blickwinkel.

3. Justiziarangelegenheiten

Ausbilderin Frau Linke, Tel. 4 28 63 - 2616;
katja.linke@bwf.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Im Referat Personal und Recht bekommen Sie einen umfassenden Einblick in die Arbeit einer allgemeinen Verwaltungsabteilung. Sie werden sich mit vielfältigen und unterschiedlichen Rechtsgebieten befassen. Der Schwerpunkt liegt beim Arbeits-, Beamten- und Personalvertretungsrecht. Daneben werden Sie auch datenschutzrechtliche Angelegenheiten sowie zivilrechtliche Fragestellungen (Vertrags- und Gesellschaftsrecht, Schadensersatzsachen) bearbeiten.

Sie verfassen Kurzgutachten, entwerfen selbstständig Schriftsätze und Klagen und nehmen Gerichtstermine wahr. Sofern gerade aktuell werden Sie auch in Projekte eingebunden. Selbstverständlich nehmen Sie an allen internen und externen Besprechungen teil.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Kultur, Sport und Medien**
- Zentralverwaltung -
Ausbildungsleitung: Frau Rosemarie Kasper-Garbe
Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 24 - 210
Rosemarie.Kasper-Garbe@bksm.hamburg.de
4 28 24 - 220
Ausbildungskapazität: vier Referendare
Rechtsgebiete: Zivilrecht, öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsamt, Denkmalschutz
- der Kulturbehörde angeschlossene Dienststellen (Musikhalle, Planetarium)
- Abordnung zu Staatstheatern und Hamburger Öffentliche Bühnenhallen

Ausbildungsstelle	Behörde für Kultur, Sport und Medien - Amt Kultur und Medien -
Ausbildungsleitung	Frau Rosemarie Kasper-Garbe
Ausbilder	Herr Konrad Hildebrandt
Telefon, E-Mail, Fax	4 28 24 - 170 konrad.hildebrandt@bksm.hamburg.de 4 28 24 - 166
Ausbildungskapazität	ein/e Referendar/in
Rechtsgebiete	<ul style="list-style-type: none">• Telekommunikation und Post• IT- und Medienrecht• Zuwendungen

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen

s.o.

Ausbildungsinhalte

- Rechtssetzungs- und Regulierungsfragen im Bereich Telekommunikation und Post
- Bundesratsverfahren, Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen
- Vorbereitung der Sitzungen des Beirats der Bundesnetzagentur
- Gestaltung, Steuerung, Controlling der Initiative hamburg@work
- Umfassender Einblick in den Verwaltungsaufbau und Abläufe von Verwaltungsverfahren/-vorgängen durch Einbindung in aktuelle Projekte und das Tagesgeschäft des Ausbilders
- Bearbeitung von Fragen mit dem Tätigkeitsgebiet zusammenhängenden Rechtsbereich

Sonstiges

- Bevorzugt werden Referendare / Referendarinnen mit besonderem Interesse an den genannten Bereichen und entsprechenden Vorkenntnissen
- Ausbildungszusage nur nach persönlichem Vorgespräch

Ausbildungsstelle: **Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz**
- Amt für Verwaltung -

Ausbildungsleitung: Herr Christoph Lucks

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 63 - 3015
Christoph.Lucks@bsg.hamburg.de
4 28 63 - 3074

Ausbildungskapazität: acht Referendare

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht; Sozialhilferecht; Verfassungsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung (max. drei Referendare)
Info: Herr Christoph Lucks, Tel. 4 28 63 - 3015
- Abteilung Soziale Entschädigung (Versorgungsamt) - Referat Widerspruchs- und Gerichtsverfahren (ein/e Referendar/in)
Info: Herr Dr. Matthias Bartke, Tel. 4 28 63 - 2910
- Amt für Soziales und Integration (Grundsatzabteilung) (max. zwei Referendare)
Info: Frau Benedikta Schmidt-Joho (Tel. 4 28 63 - 2808)
- Präsidialabteilung (max. zwei Referendare)
Info: Frau Dr. Anke Jobmann, Tel. 4 28 63 - 6252

Rechtsabteilung:

Hier erwartet Sie eine "klassische" Rechtsabteilung. Sie bekommen bei uns einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Verwaltung. Sie werden sich mit vielfältigen und unterschiedlichen Rechtsgebieten befassen. Der Schwerpunkt liegt beim Sozialhilferecht und verwandten Gebiete. Daneben Datenschutz-, Personal-, Zuwendungs-, Zivilrecht (Vertragsprüfungen, Unterhalts- und Erbrecht) etc.

Sie bekommen Einzelfälle und Grundsatzangelegenheiten aus der gesamten Abteilung und lernen so fast den gesamten Tätigkeitsbereich unserer Abteilung kennen. Sie haben ebenso Gelegenheit, Ihre Aufgaben weitgehend eigenverantwortlich zu lösen und Gerichtstermine wahrzunehmen, wie Sie Widersprüche selbständig bearbeiten können.

Die Rechtsabteilung eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation und für das Wahlfach "Arbeits- und Sozialrecht", wobei Sie selbst entscheiden können, ob sie sich durch das Verfassen von Widerspruchsbescheiden auf die Klausuren oder mit Aktenvorträgen auf die mündliche Prüfung vorbereiten möchten.

Versorgungsamt:

Die Abteilung Soziale Entschädigung der BSF, das frühere Versorgungsamt, ist zuständig für die Feststellung einer Behinderung nach SGB IX, die Kriegsoferversorgung und -fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), die Anwendung der Gesetze des Sozialen Entschädigungsrechts (insbesondere Opferentschädigungsgesetz - OEG), sowie das Vertriebenenrecht (BVFG).

Für diese Aufgaben (mit Ausnahme der Kriegsoferversorgung) besteht in der Abteilung ein eigenes Rechtsreferat, das Referat für Widerspruchs- und Gerichtsverfahren.

Als Referendarin / Referendar erhalten Sie einen Einblick in die juristische Tätigkeit in der Sozi-

alverwaltung. Schwerpunkt der Tätigkeit sind Widerspruchs- und Klagverfahren im Schwerbehindertenrecht und im Sozialen Entschädigungsrecht, wichtigste Verfahrensordnungen sind das SGB (1. und 10. Buch) und die Sozialgerichtsordnung. Im Rahmen des Opferentschädigungsrechts sind auch strafrechtliche Kenntnisse relevant. Das Referat führt zudem Regressverfahren aus übergegangenem Schadensersatzrecht durch, hier erwarten Sie zivilrechtliche, zivilprozessrechtliche und vollstreckungsrechtliche Aufgaben.

Im Rahmen der Ausbildung erhalten Sie Gelegenheit zum Verfassen von Widerspruchsbescheiden und Klagerwiderungen sowie anderen prozessualen Schriftsätzen. Sie können Verfahren weitgehend eigenverantwortlich bearbeiten und die Behörde auch vor dem Sozialgericht und vor Zivilgerichten vertreten.

Das Referat Widerspruchs- und Gerichtsverfahren eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation und für die Wahlstation im Schwerpunkt "Arbeits- und Sozialrecht".

Grundsatzabteilung:

Die Grundsatzabteilung nimmt ministerielle Aufgaben im Bereich der Sozialhilfesteuern wahr. Sie erhalten einen umfassenden Einblick, wie bundes- und landesrechtliche Bestimmungen umgesetzt und für die Durchführungsbereiche (insbesondere bezirkliche Sozialdienststellen und die ARGE) aufbereitet und gesteuert werden. Zu der juristischen Tätigkeit gehört: Die Prüfung von rechtlichen Grundsatzfragen, die Bewertung von Gesetzgebungsvorhaben von Bund und Ländern sowie die juristische und fachliche Aufbereitung von Themen zur Information der Behördenleitung und des Senats in Form von Vermerken oder Drucksachen.

Sie bekommen Rechtsfragen zu Grundsatzangelegenheiten und Rechtssetzungsvorhaben aus den genannten Gebieten zur Prüfung. Inhaltlich geht es dabei um rechtliche Fragen u.a. aus den Bereichen allgemeines Verwaltungs- und Sozialrecht, der "Hartz IV-Gesetze" (Recht der Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und XII), Asylbewerberleistungsgesetz, Gesetzliche Krankenversicherung sowie allgemeines Zivilrecht (hier z.B. bei der Heranziehung Unterhaltspflichtiger) oder Verbraucherinsolvenzrecht (Schuldnerberatung).

Die Grundsatzabteilung eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation und das Wahlfach "Arbeits- und Sozialrecht". Sie bekommen einen umfassenden Einblick in das vielseitige und lebendige ministerielle Tagesgeschäft einer Behörde.

Präsidialabteilung:

Die Präsidialabteilung ist als Stabsstelle direkt an die Behördenleitung angebunden. Zu den Aufgaben gehört die Koordinierung von Fachaufgaben mit dem Senat, der Bürgerschaft und den Bezirken, die fachliche Vorbereitung zu Themen des Bundes und europäischer Institutionen, die Betreuung der Sitzungen der Deputation, die Erstellung von Reden und Grußworten, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Bearbeitung von Drucksachen sowie die Vorbereitung und Durchführung protokollarischer Aufgaben (z.B. Senatsempfänge).

Sie bekommen Einblick in die Arbeit einer Präsidialabteilung, die Zusammenarbeit mit den Ämtern und mit anderen Stellen der Verwaltung. Zu Ihren Aufgaben gehören u.a. die Vorbereitung von Veranstaltungen, die Begleitung der Behördenleitung, die Erstellung von Grußworten und Bürgerbriefen sowie die Vorbereitung von Gremiensitzungen der Länder oder des Bundes. In Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung prüfen Sie juristische Fragen im Zusammenhang mit Problemstellungen, überwiegend aus den Bereichen des Sozial-, des allgemeinen Verwaltungs- sowie des Verfassungsrechts.

Die Präsidialabteilung eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation und das Wahlfach „Verwaltung“.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz**
- Amt für Familie -

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Matthias Bartke

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 63 – 2910
Matthias.Bartke@bsg.hamburg.de
427 961 - 104

Ausbildungskapazität: 1 Referendar

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht; Sozialverfahrensrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung für Soziale Entschädigung
- Referat Widerspruchs- und Gerichtsverfahren

Ausbildungsinhalte:

Die **Abteilung Soziale Entschädigung** der BSG, das frühere Versorgungsamt, ist zuständig für

- die Feststellung einer Behinderung nach SGB IX,
- die Kriegsoferversorgung und -fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG),
- die Anwendung der Gesetze des Sozialen Entschädigungsrechts
- (insbesondere Opferentschädigungsgesetz - OEG), sowie
- das Vertriebenenrecht (BVFG).

Für diese Aufgaben (mit Ausnahme der Kriegsoferversorgung) besteht in der Abteilung ein eigenes Rechtsreferat, das **Referat für Widerspruchs- und Gerichtsverfahren**.

Als Referendarin / Referendar erhalten Sie einen Einblick in die juristische Tätigkeit in der Sozialverwaltung. Schwerpunkt der Tätigkeit sind Widerspruchs- und Klagverfahren im Schwerbehindertenrecht und im Sozialen Entschädigungsrecht, wichtigste Verfahrensordnungen sind das SGB (1. und 10. Buch) und die Sozialgerichtsordnung. Im Rahmen des Opferentschädigungsrechts sind auch strafrechtliche Kenntnisse relevant. Das Referat führt zudem Regressverfahren aus übergegangenem Schadensersatzrecht durch, hier erwarten Sie zivilrechtliche, zivilprozessrechtliche und vollstreckungsrechtliche Aufgaben. Die Verfahren nach dem BVFG werden ab 2005 (mit In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes) auslaufen, für eine gewisse Übergangszeit sind hier jedoch auch noch Verfahren nach VwVfG / VwGO zu betreiben.

Im Rahmen der Ausbildung erhalten Sie Gelegenheit zum Verfassen von Widerspruchsbescheiden und Klagerwiderungen sowie anderen prozessualen Schriftsätzen. Sie können Verfahren - nach entsprechender Einarbeitung - weitgehend eigenverantwortlich bearbeiten.

Das Referat Widerspruchs- und Gerichtsverfahren eignet sich für die allgemeine Verwaltungstation und für die Wahlstation im Schwerpunkt "Arbeits- und Sozialrecht". Im Rahmen der Station können Sie sich sowohl durch das Verfassen von Widerspruchsbescheiden auf die Klausuren als auch durch Aktenvorträge auf die mündliche Prüfung vorbereiten.

Die Abteilung Soziale Entschädigung ist gerne bereit, sich auf die besonderen Bedingungen behinderter Referendarinnen und Referendare einzustellen.

Ausbildungsstelle: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Familie
Versorgungsamt Hamburg
Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten
Adolph-Schönfelder-Straße 5
22083 Hamburg

Anwesenheitszeiten: täglich 8.30 bis 14.00 Uhr
(Berücksichtigung von Arbeitsgemeinschaften / Klausurenkurs
nach Absprache)

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz**
- Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz -
- Ausbildungsleitung: Ansprechpersonen sind die jeweiligen Ausbilder/-innen
- Telefon, E-Mail, Fax: s.u.
- Ausbildungskapazität: k.A.
- Rechtsgebiete:
- Recht der Berufe im Gesundheitswesen
 - Landeshaushaltsordnung - Zuwendungsrecht
 - Sozialgesetzbuch XII - Eingliederungshilfen
 - Krankenhausfinanzierungsrecht
 - Arbeitsrecht, Beamtenrecht, Personalvertretungsrecht, Europarecht
 - Lebensmittelrecht, Tierseuchenrecht, Tierschutzrecht, tierärztliches Berufsrecht
 - Arbeitsschutzrecht und Technisches Verbraucherschutzrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Fachabteilung: Öffentlicher Gesundheitsdienst; Herr Wittenburg, Tel. 4 28 37 - 3629
- Fachabteilung: Drogen und Sucht; Herr Keller, Tel. 4 28 37 - 2317
- Fachabteilung: Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung; Frau Wittmann, Tel. 4 28 37 - 2231
- Fachabteilung: Versorgungsplanung; Herr Dr. Obermöller 4 28 37 - 2132
- Fachabteilung: Planung Controlling Haushalt - Rechtsgebiete: Arbeits-, Beamten-, Personalvertretungs- und Europarecht, Herr Angerer, Tel. 4 28 37 - 2220
- Fachabteilung: Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen - Rechtsgebiete: Lebensmittelrecht, Tierseuchenrecht, Tierschutzrecht, tierärztliches Berufsrecht, Frau Lüssenhop, Tel.: 4 28 37 – 2034 (*zzt. nur eingeschränkte Ausbildungsmöglichkeiten*)
- Fachabteilung: Amt für Arbeitsschutz, Ministerialangelegenheiten, Frau Höfer, Rechtsangelegenheiten, Frau Gilardoni, Tel.: 4 28 37 - 3558

Abteilung Öffentlicher Gesundheitsdienst

Bei der Fachabteilung Öffentlicher Gesundheitsdienst bekommen Sie einen umfassenden Einblick in das Recht der Berufskammern, wie Ärztekammer oder Zahnärztekammer, und das Recht der etwa zwanzig Berufe im Gesundheitswesen, wie Ärzte und Psychotherapeuten oder Krankenpfleger und Physiotherapeuten, im Rahmen der Ausbildung und der Ausübung des Berufes. Sie können sich mit vielfältigen und unterschiedlichen Rechtsgebieten befassen. Die Schwerpunkte sind zu finden in der Rechtsaufsicht über die Berufskammern hinsichtlich z.B. der Genehmigung von Satzungen, der Berufs- oder Weiterbildungsordnung, im Prüfungsrecht (Nichtbestehen der Prüfung, Rücktritt) sowie in dem Eingriffsrecht in die Berufsausübung, z. B. in der Form der Entziehung der Approbation oder Erlaubnis.

Daneben müssen Sie sich natürlich auch mit dem allgemeinen Verwaltungsrecht befassen so-

wie mit anderen speziellen Rechtsgebieten wie EU - Recht und Strafrecht im Hinblick auf die Berufsausübung.

Sie verfassen rechtliche Kurzgutachten zu speziellen Rechtsproblemen und insbesondere Widerspruchsbescheide, Klagerwiderungen und Schriftsätze an das Verwaltungsgericht Hamburg, das Hamburgische Obergericht sowie an das Hamburgische Berufsgesicht für die Heilberufe und den Hamburgischen Berufsgesichtshof oder an das Bundesverwaltungsgericht. Sie nehmen u.a. an Besprechungen und an Gerichtsterminen teil.

Fachabteilung Drogen und Sucht

Sie haben hier die Chance, neben der juristischen Tätigkeit in einer Fachabteilung auch deren Verwaltungstätigkeit und Aufgaben kennen zu lernen.

Die Fachabteilung Drogen und Sucht entwickelt und plant Hilfen für Abhängige von illegalen Drogen und legalen Suchtmitteln und steuert deren Umsetzung insbesondere durch zuwendungsfinanzierte freie Träger und durch Einzelfallbewilligungen. Es werden hier Grundsatz- und Einzelangelegenheiten aber auch Klagen, Widersprüche, u.ä.m. im Wesentlichen aus den Bereichen Zuwendungs- und Sozialhilferecht zu bearbeiten sein. Es besteht die Möglichkeit zu Akten- und sonstigen Vorträgen.

Die Fachabteilung Drogen und Sucht ist für die allgemeine Verwaltungsstation und das Wahlfach „Arbeits- und Sozialrecht“ geeignet.

Fachabteilung Gesundheitsberichterstattung

In dem Referat Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung erhalten Sie einen Einblick in die Aufgaben der Gesundheitsförderung. Als ein Element der Gesundheitsförderung wird eine umfassende Gesundheitsberatung, die neben rechtlichen Gesichtspunkten auch medizinische Diagnostik und Begutachtung beinhaltet, erbracht. Diese Beratung richtet sich an Behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen, Frauen in der Prostitution und deren Umfeld. Diese Gesundheitsberatung ist aus rechtlichen, fachlichen und wirtschaftlichen Gründen unmittelbar mit der Wahrnehmung von Grundaufgaben, d.h. ministeriellen Aufgaben verknüpft. Im Bereich der Gesundheitsförderung werden durch Zuwendungen Projekte und Institutionen gefördert. Aus diesem Aufgabengebiet ist die rechtliche Beratung der Beratungsstellen in unterschiedlicher Weise (Prostitutionsgesetz, Strafrecht, Zivilrecht etc.) und die rechtliche Beratung im Bereich des Zuwendungsrechts, Durchführung von Widerspruchsverfahren und die Bearbeitung von Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht, hervorzuheben.

Fachabteilung Versorgungsplanung

Die Fachabteilung Versorgungsplanung der Abteilung Gesundheit befasst sich mit Krankenhausplanung und Katastrophenschutz, Psychiatrieplanung und Maßregelvollzug, Krankenhausinvestitionen, Gesundheitsstatistik und Krankenhausvergütungssystemen.

Die aktuellen Vorhaben aus diesen Bereichen bestimmen Art und Inhalt der juristischen Arbeit. Diese reicht von der Erstellung von Bescheiden, der Vertretung vor den Verwaltungsgerichten bis zum Entwurf von Verordnungen und Gesetzen. Meist sind neben rechtlichen auch betriebswirtschaftliche Fragestellungen zu prüfen.

Sie können ein sehr komplexes Rechtsgebiet kennen lernen und erhalten einen intensiven Einblick in die Problematik der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen. Darüber hinaus nehmen sie teil an den üblichen ministeriellen Verfahrensabläufen.

Fachabteilung Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz verfügt über keine zentrale Rechtsabteilung, vielmehr sind den Fachabteilungen einzelne Juristinnen und Juristen zugeordnet. In der Fachabteilung Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen erhalten Sie einen umfassenden Einblick

in die Arbeit der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit in den Bereichen Lebensmittel- und Futtermittelrecht, Tierseuchenrecht, Tierschutzrecht und tierärztliches Berufsrecht. Sie lernen ein komplexes, eng mit europarechtlichen Vorschriften verzahntes Rechtsgebiet kennen und arbeiten dabei intensiv mit den jeweiligen Fachreferenten - meist Tierärzten - zusammen. Da der Schwerpunkt der Vollzugsaufgaben bei den Bezirken liegt, sind Sie in erster Linie mit der rechtlichen Beratung der Fachreferenten befasst und fertigen Kurzgutachten und Stellungnahmen zu aktuell anfallenden Problemen des Fach- und des allgemeinen Verwaltungsrechtes.

Eine wichtige Vollzugsaufgabe der Fachabteilung ist die Überwachung der Einfuhr von Lebensmitteln über den Hamburger Hafen, die vom Veterinäramt Grenzdienst als einer der größten EU-Veterinärkontrollstellen wahrgenommen wird. Insbesondere in diesem Zusammenhang sind auch Widerspruchs- und Klageverfahren zu bearbeiten.

Sofern gerade aktuell sind Sie auch an dem Entwurf bzw. der Änderung von Fachgesetzen und Rechtsverordnungen beteiligt. Selbstverständlich nehmen Sie an allen internen und externen Besprechungen teil.

Fachabteilung Planung Controlling Haushalt

In dem Referat Rechts- und Europaangelegenheiten der Abteilung Planung Controlling Haushalt bekommen Sie einen umfassenden Einblick in die Arbeit einer allgemeinen Verwaltungsabteilung einer Behörde sowie in die Europaangelegenheiten des Amtes.

Sie werden sich mit vielfältigen und unterschiedlichen Rechtsgebieten befassen. Der Schwerpunkt liegt beim Arbeits-, Beamten und Personalvertretungsrecht. Sie werden daneben auch mit datenschutzrechtlichen Angelegenheiten sowie zivilrechtlichen Fragestellungen befasst sein (Vertragsprüfung, Schadensersatzsachen).

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt in der Wahrnehmung der europapolitischen Angelegenheiten des Amtes im Bereich Gesundheit- und Verbraucherschutz. In diesem Bereich werden die Initiativen und Rechtssetzungsvorhaben auf europäischer Ebene (u.a. aus den Bereichen Binnenmarkt-, Wettbewerbs- und Gesundheitspolitik) sowie die Rechtsprechung des EuGH verfolgt und auf ihre gesundheits- bzw. verbraucherpolitischen Auswirkungen bewertet. Die Voten für die genannten Bereiche für das Bundesratsverfahren werden hier verfasst.

Sie verfassen Kurzgutachten in arbeits- und beamtenrechtlichen Angelegenheiten, entwerfen selbstständig Schriftsätze und Klagen und nehmen Gerichtstermine wahr. Sie führen Informationsrecherchen zu gesundheitspolitisch relevanten EU- Themen durch, fassen Rechtssetzungsvorhaben der Europäischen Kommission in Sachstandsvermerken zusammen und nehmen die Bewertung vor. Sie nehmen an allen internen und externen Besprechungen und Sitzungen teil.

Fachabteilung: Amt für Arbeitsschutz, Rechtsangelegenheiten

Im Rechtsreferat der Ministerial- und Rechtsabteilung lernen Sie das bunte Spektrum der Arbeitswelt aus der Sicht des Arbeitnehmerschutzes und die Produkt- und Anlagensicherheit kennen. Im Mittelpunkt der juristischen Tätigkeiten steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher – sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause – vor gesundheitlichen Gefahren und Risiken.

Zu Ihren Aufgaben wird es hauptsächlich gehören, Widerspruchs- und Klageverfahren zu bearbeiten, in Grundsatz- und Vollzugsangelegenheiten zu beraten, Strafanzeigen zu fertigen und besonders schwierige Ordnungswidrigkeitenverfahren zu begleiten. Auch werden Sie sich mit einer Reihe vielfältiger Einzelfragen befassen können wie beispielsweise Themen des Datenschutzes oder Schadensersatzes. Die Teilnahme an Sitzungen und Besprechungen ist obligatorisch.

Sie werden eng mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vollzuges, die überwiegend über

eine technische oder naturwissenschaftliche Ausbildung verfügen, zusammenarbeiten.

Aus der Fülle der anzuwendenden Vorschriften seien hier das Arbeitsschutz-, Chemikalien-, Gentechnik-, Sprengstoff-, Arbeitssicherheits-, Geräte- und Produktsicherheitsgesetz, die Gefahrstoff-, Arbeitsstätten-, Betriebssicherheits-, Strahlenschutzverordnung, die den besonderen Kündigungsschutz regelnden Vorschriften des Mutterschutz- und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes genannt.

Des Weiteren sind die Regeln des Europa- und Technikrechts, des allgemeinen Polizei-, Verwaltungsvollstreckungs-, Gebührenrechts und, bedingt durch den vorgenannten Kündigungsschutz, des Arbeitsrechts anzuwenden.

Die Ausbildungskapazität ist grundsätzlich auf eine/n Referendar/in zurzeit begrenzt.

Ausbildungsstelle: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz
Billstraße 80
20539 Hamburg

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**
- Ausbildungsleitung: Herr Martin Huber, Leiter des Rechtsamts
- Telefon, E-Mail, Fax: Telefon: 040/42840-3010/3011, martin.huber@bsu.hamburg.de
Fax: 040/42840-2496
- Ausbildungskapazität: 3 – 4 Referendare zur gleichen Zeit
- Aufgabenbereiche: Die Ausbildung erfolgt im **Rechtsamt** oder im **Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung**; bei speziellen Interessen nach Absprache auch in der **Präsidialabteilung** oder im **Amt für Natur- und Ressourcenschutz**
- Das **Rechtsamt** bearbeitet grundsätzliche und spezielle Rechtsangelegenheiten des Senats und der Behördenleitung, berät die Fachämter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) sowie die Bezirksverwaltung und übt die ihm übertragenen Aufsichtsfunktionen aus. Das Rechtsamt ist Widerspruchsbehörde für Verwaltungsakte der BSU und vertritt die Behörde vor Gericht.
- Durch das Rechtsamt wird die Funktion der Verkehrsgewerbeaufsicht über die Unternehmen des Personen- und Güterverkehrsgewerbes ausgeübt. Daneben nimmt das Rechtsamt Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausübung der Rechtsaufsicht über den Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen sowie folgende Körperschaften des öffentlichen Rechts wahr: Architektenkammer, Ingenieurkammer und in Hamburg bestehende Wasser- und Bodenverbände.
- Dem Rechtsamt sind die VOB-Prüf- und Beratungsstelle Hamburg und die Vergabekammer bei der BSU nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zugeordnet.
- Im Rechtsamt bestehen Ausbildungsmöglichkeiten in den von den vier Abteilungen betreuten Rechtsgebieten:
- Infrastruktur und Verkehr
Wegerecht; Planfeststellungsverfahren, Bau und Unterhaltung öffentlicher Verkehrsanlagen; Verkehrsgewerbeaufsicht
 - Bauordnung und Städtebau
Bauordnungsrecht; Recht der Raum-, Bauleit- und Landschaftsplanung; Bauverwaltungsrecht; Vermessungsrecht; Personalrecht; Verfassungsrecht; Verwaltungsorganisations- und allgemeines Verwaltungsrecht
 - Umweltrecht
Naturschutz-, Grünanlagen-, Kleingarten-, Gentechnik-, Immissionsschutz-, Schornsteinfeger-, Abfall-, Atom-, Bodenschutz- und Chemikalienrecht; Deich-, Wasser- und Abwasserrecht; Hochwasserschutz; fachübergreifendes Umweltrecht

-
- Vergaberecht, ziviles Bau- und Vertragsrecht, Bauberufsrecht und Forderungsmanagement

Bauberufsrecht und Bauvergabewesen; Bauvertragsrecht

Im **Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung** bestehen Ausbildungsmöglichkeiten in zwei Abteilungen mit folgenden Schwerpunkten:

- Wohnen

Grundlagen der Wohnungspolitik, Wohnungsbauförderung, Wohnungsbauflächen, Baugemeinschaften, Beteiligungsverwaltung und Wohnungsbestandspolitik

- Bodenordnung und besonderes Städtebaurecht

Vorbereitung und Durchführung der Umlegung, Vorbereitung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen, besonderes Städtebaurecht (Sanierung, Stadtumbau, soziale Stadt), Flurneuordnung, Grundbuchangelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Sie haben einen Bildschirmarbeitsplatz mit Internet-Zugang und der Möglichkeit, u.a. in den Datenbanken von Juris und Beck-online zu recherchieren. Im Rechtsamt steht eine an den Aufgaben der Behörde orientierte, gut sortierte Rechtsbibliothek zur Verfügung. Für den gesamten Ausbildungszeitraum werden Sie einer Abteilung und dort in der Regel einer Ausbilderin bzw. einem Ausbilder zugewiesen. Im Rahmen Ihrer Ausbildung erhalten Sie Gelegenheit, in den Rechtsgebieten der Abteilung die Aufgaben einer Rechtsreferentin bzw. eines Rechtsreferenten kennenzulernen und teilweise selbst wahrzunehmen (z.B. Beratung der Fachämter/Behördenleitung der BSU in den jeweiligen Rechtsgebieten, Abfassung gutachterlicher Vermerke, Bearbeitung von Gesetzgebungsverfahren). Die Fertigung von Widerspruchsbescheiden sowie forensische Tätigkeiten stehen nicht immer im Mittelpunkt der Ausbildung, sind aber nach Absprache möglich. Während Ihrer Ausbildung im Rechtsamt halten Sie einen Vortrag vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Daneben bemühen wir uns, Ihnen Einblick in die Funktionsweise einer großen, durch ministerielle Aufgaben auf den Gebieten des Städtebaus, der Umwelt und des Verkehrs geprägten Behörde und deren Einbindung in die Gesamtverwaltung zu geben. Bewerben sollten Sie sich nur, wenn Sie ein echtes Interesse an den inhaltlichen Aufgabenstellungen und an der Lösung anspruchsvoller juristischer Aufgaben haben und nicht davor zurückschrecken, die zu beurteilenden Sachverhalte selbst recherchieren zu müssen.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt E Internationales, Energie, Wirtschaftsförderung
EA 1 *Außenwirtschaft*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065
Ausbilder/in: Frau Scholz-Foth
Telefon: 4 28 41 - 1448
E-Mail: juliane.scholz-foth@bwa.hamburg.de
Fax: 4 28 41 - 2262
Ausbildungskapazität: 1 - 2 Referendare/Referendarinnen
Rechtsgebiete: Außenwirtschaftsrecht, internationale Wirtschaftsbeziehungen

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- s. o.

Ausbildungsinhalte:

- Recht internationaler Organisationen
- EU-Recht
- Außenwirtschaftsrecht
- Stiftungsrecht
- Ausländerrecht

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt E Internationales, Energie, Wirtschaftsförderung
EA 2 *Europäische Union*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807

Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Bredenbach

Telefon: 4 28 41 - 1604

E-Mail: joerg.bredenbach@bwa.hamburg.de

E-Fax: 427 941 - 362

Ausbildungskapazität: 1 - 2 Referendare/Referendarinnen

Rechtsgebiete: EU-Fragen mit Wirtschaftsbezug

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Europarechtsfragen einschließlich Fragen des gemeinschaftlichen Beihilferechts
- EU-Verkehrs- und Hafensfragen
- EU-Fördermittel
- Zollpolitik und Zollrecht

Ausbildungsinhalte:

- s. o.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt E Internationales, Energie, Wirtschaftsförderung
EP 1 *Umweltpolitik, technischer Arbeitsschutz*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Frau Baumann-Jacobsohn
Telefon: 4 28 41 - 2243
E-Mail: angela.baumann-jacobsohn@bwa.hamburg.de
E-Fax: 427 941 - 622
Ausbildungskapazität: 2 Referendare/Referendarinnen
Rechtsgebiete: Umweltrecht, technischer Arbeitsschutz (Chemikalienrecht, Arbeitsschutzrecht) auf europäischer -, Bundes- und Landes-ebene

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- s. o.

Ausbildungsinhalte:

- keine eigenständigen Verwaltungsakte oder Widerspruchsverfahren
- Mitwirkung an der Gesetzgebung durch das Erstellen von Stellungnahmen und Anträgen
- Mitwirkung an der Beratung von Verbänden und Unternehmen

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt W Wirtschaft, Hafen, Technologie
WD 1 *Handel und Dienstleistungen*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807

Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Schreiber

Telefon: 4 28 41 - 1605

E-Mail: lothar.schreiber@bwa.hamburg.de

E-Fax: 427 941 - 419

Ausbildungskapazität: 1 Referendar/in

Rechtsgebiete: Wirtschaftsrecht, vornehmlich Banken-, Börsen-,
Versicherungsrecht, einschließlich des dazugehörigen
Aufsichtsrechts und Recht der
Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG).

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Banken und Versicherungswesen, Branchenaspekte
- Börse und Börsenaufsicht
- Einzelhandelsfragen
- Allg. Dienstleistungen, übergreifende Rechtsfragen

Ausbildungsinhalte:

- Das Bundesratsverfahren: Beteiligung der Länder (Behörden) an der Gesetzgebung (auch EU-Recht).
- Wirtschaftsverwaltungsrechtliche und wirtschaftsrechtliche Spezialfragestellung (Börse, Wagniskapitalgesellschaften, neue Finanzinstrumente).
- Schnittstelle Wirtschaft und Verwaltung, wirtschaftspolitische und planerische Fragestellungen

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt W Wirtschaft, Hafen, Technologie
WD 2 *Gewerbe- und Handwerksrecht,
Wirtschaftsprüferangelegenheiten,
Mess- und Eichwesen*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Frau Werk-Dorenkamp
Telefon: 4 28 41 - 1379
E-Mail: dorothea.werk-dorenkamp@bwa.hamburg.de
Fax: 4 28 41 - 1598
Ausbildungskapazität: 1 - 2 Referendare/Referendarinnen
Rechtsgebiete: Gewerbe-, Handwerksrecht, Ladenschlussrecht, Industrie- und
Handelskammerrecht; Mess- und Eichwesen; Bekämpfung
Schwarzarbeit

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- verfahrenstypische Aktivitäten außer Widerspruchsbescheiden in o.g. Gebieten

Ausbildungsinhalte:

- Mitwirkung an Gesetzgebungsprozessen auf den o.g. Rechtsgebieten sowie deren Entscheidungsfindung in Bund und Ländern;
- Steuerung des Verwaltungsvollzugs in Hamburg auf o.g. Gebieten;
- Umsetzung Rechtsaufsicht über Handels- und Handwerkskammer Hamburg

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**

Amt W Wirtschaft, Hafen, Technologie
WS 2 *Luftverkehr*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807

Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Pitz

Telefon: 4 28 41 - 1308

E-Mail: markus.pitz@bwa.hamburg.de

E-Fax: 427 941 - 654

Ausbildungskapazität: 1 - 2 Referendare/Referendarinnen

Rechtsgebiete: Luftverkehrsrecht, Planfeststellungs- und
Plangenehmigungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht,
Europarecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Die Referendarausbildung erfolgt in allen das Luftverkehrsreferat betreffenden Aufgabenfeldern, d. h. dem Planungsrecht, den luftverkehrsrechtlichen Genehmigungsverfahren, den sicherheitsrechtlichen Verfahren etc.

Die Referendarinnen und Referendare werden dem Bereich Luftverkehrsrecht zugeordnet und vom Referatsleiter ausgebildet.

Ausbildungsinhalte:

- Neben den fachlichen Aufgaben des Luftverkehrsreferates erhalten die Referendarinnen und Referendare Einblick in die ministerielle Arbeit wie z. B. Rechtssetzungsangelegenheiten, die Er- und Bearbeitung von Senats- und Bundesratsdrucksachen etc. Zudem nehmen sie im Rahmen ihrer Aufgaben u. a. an Terminen am Flughafen oder dem Werks-flugplatz Finkenwerder teil.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt W Wirtschaft, Hafen, Technologie
WS 2 *Industrie, Luftfahrtcluster Hamburg*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Hintze-Schomburg

Telefon: 4 28 41 – 1861

E-Mail: ruediger.hintze-schomburg@bwa.hamburg.de

E-Fax: 427 941 - 806

Ausbildungskapazität: 3 Referendare/Referendarinnen

Rechtsgebiete:

- Rechtssetzungen, die für die Industrie relevant sind
- Rechtsfragen im Rahmen der Gestaltung von PPP (Public-Private-Partnership)
- Verträge mit Dienstleistern, Zuwendungsrecht
- Allg. Verwaltungs-, Unternehmensrecht, Wirtschaftsförderung, EU-Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- siehe Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

- Alle Aufgaben im Rahmen der Branchenbetreuung für die Industrie insbesondere der Luftfahrtindustrie und der maritimen Industrie, Bundesratsverfahren
- Gestaltung, Steuerung, Controlling des Luftfahrtclusters Hamburg und des maritimen Clusters
- Vorbereitungen Senatorentermin, Unternehmenskontakte

sonstiges:

Ausbildungszusage nur nach persönlichem Vorgespräch

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt Z Zentralverwaltung
ZR 1 *Justizariat für das Amt Z,
Rechtsaufsicht Hamburg Port Authority AöR (HPA),
Katastrophenschutz und Notfallvorsorge*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807

Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Klebe

Telefon: 4 28 41 - 1807

E-Mail: eike.klebe@bwa.hamburg.de

Fax: 4 28 41 - 2825

Ausbildungskapazität: 1 Referendar/Referendarin

Rechtsgebiete: öffentliches Dienstrecht, Gesellschaftsrecht,
Katastrophenschutzrecht, Zwangsvollstreckungsrecht
Haushaltsrecht (LHO)

Rechtsaufsicht HPA:: Vertragsrecht und Anwendungsfragen
des HPAG, HafenEG u.a.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- siehe Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

Das Referat zeichnet sich besonders durch die Vielschichtigkeit seiner Aufgaben aus. Ihre Aufgaben bestehen in der Vorbereitung von und Teilnahme an

- Rechtsberatung der Zentralverwaltung, der Beteiligungsverwaltung und der HPA,
- der Entscheidungsfindung personalrechtlicher Konfliktfällen (Anhörungen, disziplinarrechtliche Ermittlungen)
- Prozessen.

Daneben wird die gutachterliche Zuarbeit in Rechtsetzungsangelegenheiten, Vertragsprüfungen und speziellen Fragen der Hafenaufsicht erwartet.

sonstiges:

Die Ausbildung wird regelmäßig mit den Aufgaben des Referates für Planfeststellung kombiniert.

Bei Interesse melden Sie sich gern per E-Mail oder telefonisch bei mir.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt Z Zentralverwaltung
ZR 2 *Leitung des Referates ZR 2:
Justizariat, Landeskartellbehörde,
Wettbewerbsrecht, Preisrecht,
Vergabeberatung, Datenschutz*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Frau Thiel
Telefon: 4 28 41 - 1694
E-Mail: dorit.thiel@bwa.hamburg.de
Fax: 4 28 41 - 2825
Ausbildungskapazität: 2 Referendare/Referendarinnen
Rechtsgebiete: insbesondere Luftverkehrsrecht, Prüfungsrecht für
Meisterprüfungen, Zuwendungsrecht, allgemeines
Verwaltungsrecht, Vertragsrecht, Wettbewerbsrecht,
Kartellrecht, Vergaberecht, Preisangabenrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- siehe Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

Im Rahmen Ihrer Station sollen Sie einen Einblick erhalten in die Berufspraxis eines Verwaltungsjuristen, der sowohl als Justitiar als auch als Fachreferent tätig ist.

Ihre Aufgabe wird sein, Bescheide und Widerspruchsbescheide sowie Schriftsätze in gerichtlichen Verfahren zu fertigen. Sie prüfen und entwerfen Verträge. Zu Rechtsetzungsvorhaben auf Bundes- und Landesebene erarbeiten Sie Stellungnahmen. Sie prüfen einzelne Rechtsfragen und geben Entscheidungsempfehlungen.

Aufgrund von Eingaben bzw. Beschwerden von Bürgern oder Unternehmensvertretern übernehmen Sie die kartellrechtlichen Vorermittlungen, geben Empfehlungen zum weiteren Verfahrensablauf und fertigen entsprechende Schreiben. Bei Aufnahme eines förmlichen Kartellverfahrens sind die notwendigen Entscheidungen zu entwerfen.

Sie haben Gelegenheit, Besprechungen mit Anwälten, Bürgern, Unternehmensvertretern und Behördenmitarbeitern vorzubereiten und Ihre Arbeitsergebnisse zu präsentieren.

Ein Bildschirmarbeitsplatz mit Zugang zu juristischen Datenbanken steht Ihnen regelmäßig zur Verfügung.

Kartellrechtliche Kenntnisse wären wünschenswert.

Falls Sie Interesse haben, rufen Sie mich an, damit wir uns persönlich kennenlernen können.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt Z Zentralverwaltung
ZR 3 *Planfeststellungsbehörde*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Sommer
Telefon: 4 28 41 - 3245
E-Mail: oliver.sommer@bwa.hamburg.de
E-Fax: 427 941 - 335
Ausbildungskapazität: 1 Referendar/Referendarin
Rechtsgebiete: Fachplanungsrecht, fachrechtlich insbesondere Wasserrecht, Wasserstraßenrecht, Hafenrecht, allgemeines Verfahrensrecht, europäisches und nationales Umweltrecht, Naturschutzrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

den genannten Rechtsgebieten entsprechend, wobei der/die Referendar/in abhängig von der Stationsdauer regelmäßig lediglich einen Teil des gesamten Verfahrens verfolgen können

Ausbildungsinhalte:

Sie haben die Möglichkeit, in den oben genannten Rechtsgebieten mitzuarbeiten und insbesondere

- raumbedeutsame Infrastrukturvorhaben – insbesondere im Hamburger Hafen – kennenzulernen
- zulassungsbehördliche Entscheidungen sowie Auskünfte vorzubereiten und (mit) zu entwerfen
- den Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens mit seinen rechtlichen Zusammenhängen kennen zu lernen, hier insbesondere der Abwägungs- und Entscheidungsprozesse
- weitergehende Kenntnisse der oben genannten Fachrechtsgebiete zu erarbeiten und dabei die Funktion des Planfeststellungsverfahrens als Schnittstelle wahrzunehmen
- an der gerichtlichen Vertretung angefochtener Planfeststellungsbeschlüsse und Plangenehmigungen sowohl im einstweiligen Rechtsschutz wie auch in der Hauptsache mitzuwirken.

sonstiges:

Es besteht die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte und Ausbildungsmöglichkeiten mit den Inhalten des Justizariats bei ZR 1 zu kombinieren.

Bei Interesse melden Sie sich gern per E-Mail oder telefonisch bei mir.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt Z Zentralverwaltung
ZR 21 *Justizariat für die Abteilungen Agrarrecht und
Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie für
Datenschutzrecht*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Herr Schulz
Telefon: 4 28 41 - 1320
E-Mail: heiner.schulz@bwa.hamburg.de
Fax: 4 28 41 - 2825
Ausbildungskapazität: 1 - 2 Referendare/Referendarinnen
Rechtsgebiete: Allgemeines Verwaltungsrecht, Datenschutzrecht,
Landwirtschaftsrecht einschließlich EG-Agrarrecht,
Vertragsrecht, Vergaberecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Im Vordergrund steht die rechtliche Beratung im Bereich der Agrar- und Waldwirtschaft, der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie des Datenschutzes (Zuwendungen, Verträge, Rückforderungen, Vergabe etc.). Im Übrigen fällt auf dem Arbeitsplatz ein „bunter Strauß“ zu bearbeitender Rechtsfragen an.

Ausbildungsinhalte:

- Fertigung von gutachterlichen Stellungnahmen, Widerspruchsbescheiden und Schriftsätzen im gerichtlichen Verfahren
- Entwurf und Überprüfung von Verträgen
- Fertigung von Schriftsätzen an Behörden, Gerichte und Bürger
- Vorbereitung von und Teilnahme an Besprechungen mit Dienststellen etc.
- mündliche Rechtsberatung der Fachabteilungen

Ein Bildschirmarbeitsplatz mit Zugang zu juristischen Datenbanken steht Ihnen zur Verfügung

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**
Amt Z Zentralverwaltung
ZR 11 *Justizariat für die Abteilungen Wirtschaftsförderung
und Arbeitsmarktpolitik*

Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 4 28 41 - 1807
Referendarbetreuung: Frau Heissler Tel. 4 28 41 - 3065

Ausbilder/in: Frau Messerschmidt
Telefon: 4 28 41 - 1654
E-Mail: carolin.messerschmidt@bwa.hamburg.de
Fax: 4 28 41 - 2825
Ausbildungskapazität: 1 Referendar/Referendarin
Rechtsgebiete: Zuwendungsrecht, Haushaltsrecht, Arbeitsmarktpolitische
Fragen, Wirtschaftsförderung, EU-Recht, Vertragsrecht,
allgemeines Verwaltungsrecht, Zivilrecht, Insolvenzrecht,
Prozessrecht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Entsprechend der genannten Rechtsgebiete fallen die unterschiedlichsten Rechtsfragen an.

Ausbildungsinhalte:

- Rechtsberatung der Fachreferate,
- Entwurf und Überprüfung von Verträgen,
- Fertigung und Durchsicht von Schriftsätzen an Behörden, Gerichte und Bürger,
- Fertigung von gutachterlichen Stellungnahmen, Widerspruchsbescheiden und Schriftsätzen im gerichtlichen Verfahren.

Bei Interesse melden Sie sich gern per E-Mail oder telefonisch bei mir.

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Referat Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten
- Ausbildungsleitung: Herr Jörg-Henning Gerlemann
- Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 39 – 3760
Joerg-Henning.Gerlemann@bfi-a.hamburg.de
4 28 39 - 380
- Ausbildungskapazität: Gegenwärtig maximal zwei Referendare im Jahr
- Rechtsgebiete: Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, Referat für Grundsatzangelegenheiten des Wahl- und Volksabstimmungsrechts, des Rechts der Statistik, des Melde-, Pass- und Personalausweisrechts, des Waffenrechts, des Feiertagsrechts, allgemeine Vereidigung von Dolmetschern, allgemeine Rechtsangelegenheiten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Grundsätzlich in allen Rechtsgebieten. In der Regel wird eine Beschränkung auf ein einzelnes Gebiet nicht möglich sein

Ausbildungsinhalte:

Vermittlung der Grundzüge der ministeriellen Tätigkeit in den genannten Rechtsgebieten

Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres**
- Polizei -
Justizariat / J

Ausbildungsleiter: Leiter der Justizariats
Herr LRD Ulrich Ettemeyer

Anschrift: Polizei Hamburg
Justizariat / J
Leiter des Justizariats
Herrn LRD Ulrich Ettemeyer
Bruno-Georges-Platz 1
22297 Hamburg

Tel.: 040 / 4286 - 69300
Fax: 040 / 4286 - 68752
E-Mail: justizariat@polizei.hamburg.de

Ausbildungsbereiche:

J 1	Personal-, Personalvertretungs-, Gebühren-, Kosten- und Zivilrecht, Disziplinarangelegenheiten
J 21	Strafrecht, Versammlungsrecht, Gefahrenabwehr
J 22	Datenschutzrecht, Erkennungsdienstliche Behandlung
J 23	Verkehrs-, Schifffahrts- und Ordnungswidrigkeitenrecht
J 3	Rechtsangelegenheiten des Landesbetrieb Verkehr, Fahrerlaubnisrecht
J 4	Waffenrechtliche Angelegenheiten, zentrales Waffenregister

Das Justizariat der Polizei bildet jährlich zwischen 12 und 15 Referendarinnen und Referendare im Rahmen von Verwaltungs-, Vertiefungs- und Wahlstationen aus. Neben der rein juristischen Ausbildung wird im Rahmen eines Umlaufes bei verschiedenen polizeilichen Dienststellen (z.B. Landeskriminalamt, Polizei- und Wasserschutzpolizeikommissariate, Bereitschaftspolizei) die Möglichkeit gegeben, den polizeilichen Alltag kennen zu lernen.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Abteilung Grundsatzangelegenheiten des Straßenverkehrs
Referat: Straßenverkehrsordnung und straßenverkehrsbehördliche Planung

Ausbildungsleitung: Herr RD Rupert Schubert

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 39 - 2866

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Straßenverkehrsrecht, insbesondere StVO

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- StVO
- Allgemeines Verwaltungsrecht
- tw. OWiG, FeV, StGB, StVZO, FahlG, BImSchG

Ausbildungsinhalte:

- Ministerielle und Grundsatzangelegenheiten der StVO und straßenverkehrsbehördlichen Arbeit einschließlich der Auswirkungen der Umweltschutzgesetzgebung auf den Straßenverkehr
- Verfolgung des ministeriellen Schriftverkehrs, Erarbeitung der Position Hamburgs
- Teilnahme an der Rechtsetzung und Rechtsfortbildung durch eigene Gesetzes- oder Verordnungssinitiativen oder Begleitung fremder Initiativen
- Erfahrungsaustausch mit Bund und Ländern und Umsetzung von Rechtsänderungen sowie Inanspruchnahme der Kompetenzen als oberste Landesbehörde im Wege von Weisungen, Zustimmungen oder Genehmigungen zur Gewährleistung einer einheitlichen fachlichen Arbeit und Rechtsanwendung
- Erarbeitung von behördeneigenen Zielen, Initiativen, Planungen oder Handlungsvorschlägen zur Verkehrsgestaltung bzw. Mitarbeit an solchen Aktivitäten, die von anderen Behörden ausgehen
- Stellungnahme zu Beratungspunkten von Senat, Bürgerschaft, Senatskommissionen und Fachministerkonferenzen
- Stellungnahme zu BR- und Senatsdrucksachen
- Antwortentwürfe zu Großen und Kleinen Anfragen, Stellungnahme zu Eingaben an die Bürgerschaft, Beantwortung von Anfragen/Stellungnahme zu Anfragen aus der Bezirksverwaltung
- Bearbeiten von Eingaben und Beschwerden zu grundsätzlichen Fragen und Problemen
- Entscheidungsvorlagen und Info-Vermerke an die Behördenleitung
- Begleitung herausragender Einzelplanungen auf dem Gebiete des Straßenverkehrs, Vertretung der Behörde in Planungen bzw. Planverfahren von besonderer Bedeutung einschließlich Koordinierung der Belange anderer Ämter

Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Abt. für öffentliche Sicherheit

Ausbildungsleitung: Frau RD'in Bödecker

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 39 - 3768

Ausbildungskapazität: ein Referendar

Rechtsgebiete: Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, öffentliches Vereinsrecht

Ausbildungsinhalte:

Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren, Fertigung von Gutachten und Stellungnahmen zu Fragen der öffentlichen Sicherheit, Vorbereitung und Beratung der Behördenleitung zu den entsprechenden Fachthemen

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Abteilung Katastrophen-, Brand- und Bevölkerungsschutz/Rechts- und Gesetzesangelegenheiten
- Ausbildungsleitung: Herr Dr. Hans-Hermann Zahn
- Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 39 - 2685
Hans-Hermann.Zahn@bfi-a.hamburg.de
4 28 39 - 4827
- Ausbildungskapazität: ein oder zwei Rechtsreferendare
- Rechtsgebiete: Feuerwehr- und Rettungsdienst, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.
Schwerpunkt: öffentliches Recht speziell Durchführung von Widerspruchsverfahren, aber auch zivil- und strafrechtliche Fragestellungen. Neben den Rechtsangelegenheiten auch die Wahrnehmung von Gesetzesangelegenheiten (Vorbereiten von Gesetzen und Rechtsverordnungen des Senats)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Durchführung von Widerspruchs- und Klageverfahren
- Schadensersatzangelegenheiten
- Prüfung von Regressansprüchen
- Vertragsangelegenheiten
- Rechtliche Beratung in allen oben genannten Rechtsbereichen für die Behördenleitung und das betreute Fachamt (Feuerwehr)

Ausbildungsinhalte:

Erstellen von Entwürfen in den o.g. Rechtsgebieten

Kennen lernen der wahrgenommenen Verwaltungstätigkeit und ggfs. Mitarbeit in allen Aspekten einschließlich der Verfügungstechnik im Rahmen der bestehenden Restriktionen

Möglichkeit zur beobachtender Teilnahme im Zuständigkeitsbereich insbesondere

der wahrzunehmenden Aufgaben des Referats (insbesondere Teilnahme an Besprechungen) des Rettungsdienstes (Praktikum auf einem Rettungswagen, Kennen lernen der Tätigkeit der Feuerwehreinsatzzentrale)

sowie des Entscheidungsprozesses der Behördenleitung (Teilnahme an einer Deputationssitzung)

Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Arbeitsgruppe Scientology (AGS)

Ausbildungsleitung: Jurist der AGS

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 86 - 6418
fhhags@t-online.de
4 28 86 - 6445

Ausbildungskapazität: ein Referendar

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht (z.B. Wegerecht), Verfassungsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Es besteht eine einheitliche Ausbildungsmöglichkeit für das gesamte Tätigkeitsgebiet der AGS. Die AGS ist zugleich Oberste Landesjugendbehörde für den Jugendschutz bezüglich neuer religiöser und ideologischer Gemeinschaften und Psychogruppen.

Ausbildungsinhalte:

Eine Mitarbeit kann in folgenden Tätigkeitsfeldern erfolgen:

1. Vertretung der FHH in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten
2. Erfassung und Aufarbeitung von einschlägigen Gerichtsverfahren
3. Beratung von / Koordinierung mit anderen hamburgischen Dienststellen
4. Öffentlichkeitsarbeit
5. Beratung von Privatpersonen und Unternehmen

Ausbildungsstelle: **Finanzbehörde** (ohne Steuerverwaltung)

Ausbildungsleitung: Herr Hans-Jürgen Behncke

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 23 - 1400

Hans-Juergen.Behncke@fb.hamburg.de

427 923 042

Ausbildungskapazität: ca. 16 Ausbildungsplätze pro Jahr

Rechtsgebiete: Je nach Einsatzbereich: Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsvollstreckungsrecht, Vergaberecht, Enteignungsrecht, Beitrags- und Gebührenrecht, Rechtsfragen der IuK, Datenschutzrecht, Liegenschaftsrecht, Versicherungsrecht, Verwaltungsorganisationsrecht, Arbeits- und Personalvertretungsrecht, Haushaltsrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- I. Rechts- und Abgabenabteilung (Allgemeines Justitiariat)
- II. Abteilung für Grundsatzangelegenheiten der Organisation (Referat für Datenschutz, Datensicherheit, IuK-Mitbestimmung und Vergaberecht)
- III. Haushaltsrecht und -systematik
- IV. Vermögens- und Beteiligungsmanagement
- V. Immobilienmanagement
- VI. Abteilung für Bezirksangelegenheiten
- VII. Stabsstelle E-Government

Ausbildungsinhalte:

Die Finanzbehörde bildet Referendare vor allem in der Verwaltungs-, Vertiefungs- und Wahlstation des juristischen Vorbereitungsdienstes aus.

Unter den zehn hamburgischen Fachbehörden hat die Finanzbehörde aufgrund ihrer Querschnittsfunktion besondere Bedeutung. U. a. stellt sie für die Stadt den Haushalts- und den Finanzplan auf, beaufsichtigt die öffentlichen Unternehmen und managt den städtischen Grundbesitz. Als oberste Landesfinanzbehörde ist sie direkt an der gesamten Steuergesetzgebung beteiligt. Außerdem ist sie für Grundsatzfragen der IuK-Technik und des E-Government zuständig. Darüber hinaus nimmt sie verschiedene Serviceaufgaben für die gesamte hamburgische Verwaltung wahr (z. B. Vollstreckungszentrale, Zentraler Einkauf). Im Prozess der Verwaltungsmodernisierung hat die Finanzbehörde die Schlüsselfunktion.

Sie werden Gelegenheit haben, neben Ihrem konkreten Einsatzbereich auch andere Ämter der Finanzbehörde kennen zu lernen, an Besprechungen und Sitzungen (u.a. der Finanzdeputation, der Kommission für Bodenordnung) teilzunehmen und Aktenvorträge zu halten. Sie erwarten sehr gute Arbeitsbedingungen. Die Bücherei der Finanzbehörde ist mit umfassender juristischer Literatur ausgestattet. Ein Bildschirmarbeitsplatz nebst Zugang zu juristischen Datenbanken steht Ihnen regelmäßig zur Verfügung. Gesucht werden potentielle Nachwuchskräfte, die angesichts der vielfältigen Aufgaben der Finanzbehörde gern herausgefordert sind, sich in immer neue Rechtsgebiete einzuarbeiten und für die überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft selbstverständlich ist.

Die Ausbildungsmöglichkeiten der Steuerverwaltung werden in einer gesonderten Übersicht dargestellt.

I. Rechts- und Abgabenabteilung (Allgemeines Justitiariat):

Im Allgemeinen Justitiariat erwarten Sie wegen des Querschnittcharakters der Finanzbehörde sehr abwechslungsreiche Tätigkeiten quer durch alle Rechtsdisziplinen.

Das Allgemeine Justitiariat berät die einzelnen Fachbereiche sowie die Behördenleitung in allgemeinen Rechtsfragen und vertritt die Finanzbehörde vor den Gerichten und übt die Rechtsaufsicht über die Kasse.Hamburg aus. Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit werden liegenschafts-, vergabe- und vollstreckungsrechtliche sowie personal- und personalvertretungsrechtliche Fragestellungen sein.

Weitere Tätigkeitsfelder können sich – je nach Ihrer Interessenlage – aus den übrigen Geschäftsfeldern der Abteilung ergeben.

Zu nennen wäre die Enteignungsbehörde, die zentrale Vergabekammer für VOL- Vergaben und das Versicherungsmanagement, das sämtliche Behörden und öffentliche Unternehmen in versicherungsmäßiger Hinsicht betreut. Die Abteilung wickelt ferner alle Kfz Haftpflichtschäden für die Stadt ab, ist ministeriell für das Gebühren- und Erschließungsbeitragsrecht zuständig und übt die Rechts- und Fachaufsicht über das Landesabgabenamt aus.

Bei Interesse können Sie sich auch darin üben, Widerspruchsbescheide zu entwerfen.

II. Referat für Datenschutz, Datensicherheit, IuK-Mitbestimmung und Vergaberecht:

Im Referat werden auf dem Gebiete des Datenschutzes, der Datensicherheit und des Vergaberechts die zur zentralen Steuerung des Handelns der Hamburgischen Verwaltung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie Senats- und Bürgerschaftsdrucksachen erarbeitet. Das Referat wirkt an der Rechtsetzung in sehr dynamischen Rechtsgebieten, wie dem Datenschutz-, Multimedia- und Telekommunikations- sowie dem Vergaberecht auf Europäischer Ebene und des Bundes mit. Hierdurch werden Einblicke in das Zusammenspiel zwischen europäischem Recht und Bundesrecht mit Hamburgischem Landesrecht eröffnet. Daneben gehört auch die Beratung anderer Behörden in schwierigen und komplexen Vergabeverfahren zum Aufgabengebiet. Mit anderen Stellen der Verwaltung, insbesondere der IT-Planung, dem zentralen IT-Dienstleister Dataport (AöR) sowie dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände bei zentralen Fragen der Mitbestimmung, findet ein enger Austausch statt. Erfahrungen zum Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative können regelmäßig bei der Bearbeitung von Kleinen und Großen Anfragen sowie Gesetzentwürfen der Hamburgischen Bürgerschaft gesammelt werden

III. Haushaltsrecht und -systematik:

Im Referat für Haushaltsrecht und -systematik erwartet Sie Folgendes:

Einführung in das Haushaltsrecht der FHH (Haushaltsaufstellung u. -bewirtschaftung, Resteverfahren),

Einführung in die Normsetzung. Gutachten und ggf. Arbeitsgruppen zu aktuellen Einzelfragen mit haushaltsrechtlichem Bezug (Bezirksverwaltungsreform, Doppik),

Grundsatzfragen des Haushaltsrechts, z. T. im Rahmen des Bund-Länderausschusses Haushaltsrecht und -systematik.

Falls terminlich möglich: Teilnahme an Schulungen für Haushaltsrecht für die Hamburger Verwaltung, an Sitzungen des Haushaltsausschusses, an Bürgerschaftsberatungen zum Haushalt.

Einführung in das Neue Steuerungsmodell.

IV. Vermögens- und Beteiligungsmanagement:

Im Vermögens- und Beteiligungsmanagement werden Sie mit Angelegenheiten aus dem Gesellschaftsrecht (u.a. betreffend öffentliche Unternehmen in privater Rechtsform), dem öffentlichen Organisationsrecht sowie – am Rande – mit europäischem Beihilferecht betraut.

V. Immobilienmanagement:

Das Immobilienmanagement ist der zentrale Ansprechpartner bei der FHH, wenn es um Grundstücksangelegenheiten geht.

Sie können hier Gesetzgebungsverfahren mit liegenschaftlichem Bezug begleiten, an der rechtlichen Beratung beim Abschluss von Grundstücksverträgen und bei der Ausübung von gesetzlichen Vorkaufsrechten mitwirken, an Enteignungsverfahren als Antragsteller sowie an Planverfahren – insbesondere unter dem Aspekt möglicher Planungsschäden – teilnehmen.

VI. Abteilung für Bezirksangelegenheiten:

Sie interessiert das Zusammenspiel von öffentlichem Recht und politischen Entscheidungsprozessen? Dann sind Sie in der Abteilung Bezirksangelegenheiten richtig! Die Abteilung ist zum einen zuständig für die Aufsicht über die sieben Hamburger Bezirksämter. Dazu gehören die Dienstaufsicht sowie Organisations- und Personalangelegenheiten der Bezirksämter. Zum anderen sorgt die Abteilung dafür, dass die praktischen Erfahrungen der bürgernahen Verwaltung der Bezirksämter in politische Entscheidungen auf Senatsebene einfließen.

Da die Bezirksämter mit Ausnahme der Politikbereiche Schule, Innere Sicherheit, Justiz und Hafen für fast alle Durchführungsaufgaben zuständig sind, ist die Palette der möglichen Themen der Abteilung breit. Sie erhalten die Gelegenheit, möglichst viele Aspekte dieser ministeriellen Querschnittsabteilung kennen zu lernen. Sie werden an Dienstbesprechungen mit den Bezirksamtsleitungen, den Dezernenten für Steuerung und Service sowie den Rechtsamtsleitungen der Bezirksämter teilnehmen und dabei auch erleben, wie Entscheidungen der Verwaltung politisch beeinflusst werden.

Aufgrund der Vielfalt der Themen sind in der Abteilung juristische Fragestellungen des gesamten öffentlichen Rechts zu bearbeiten. Einen Schwerpunkt bilden beamtenrechtliche Aufgaben sowie die Auslegung des Bezirksverwaltungsgesetzes, das neben dem Innenrecht der Bezirksversammlungen die Zusammenarbeit von Fachbehörden und Bezirksämtern, die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sowie das bezirkliche Haushaltswesen regelt. Daneben sind Beiträge für Senatsdrucksachen, Parlamentarische Anfragen sowie Stellungnahmen zu Eingaben (Petitionen) zu fertigen.

VII. Stabsstelle E-Government:

Die Stabsstelle E-Government, die als kleines, innovatives Team fachlich unmittelbar beim Staatsrat für Bezirke und Verwaltungsreform angegliedert ist, entwickelt und etabliert die E-Government-Strategie des Hamburger Senats. Durch den Einsatz des Internet und anderer moderner Informationstechnologien werden die Voraussetzungen für eine zeitgemäße und kundenfreundliche Verwaltung geschaffen. Dies impliziert für die Verwaltung in ihren Gesamtstrukturen erheblichen Reformbedarf. Vor einer Realisierung von E-Government müssen die Verwaltungsorganisation und -verfahren, die technischen Lösungsmöglichkeiten, aber auch und vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen analysiert und interdisziplinär zu einer ganzheitlichen Umsetzungsstrategie zusammengeführt werden. Dabei stellen sich etwa in der Anfertigung von Drucksachen, Verträgen und Gutachten oder in der Beantwortung von parlamentarischen und behördlichen Anfragen grundsätzliche Fragen aus dem Landes-, Bundes- und Europarecht verschiedenster Lebensbereiche, deren Beantwortung Eigenständigkeit, interdisziplinäre Offenheit, konzeptionelles Denken und nicht selten juristische Kreativität erfordert. Dabei bietet eine Referendariatsstation bei der Stabsstelle direkte Einblicke in die Zusammenarbeit von Bund und Ländern, intensive Kommunikation mit den Fachbehörden und Ämtern, Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen und nicht zuletzt die Möglichkeit, in einem engagierten Team mit vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten an den Themen der Gegenwart und Zukunft der Verwaltungsmodernisierung mitzuarbeiten.

- Ausbildungsstelle: **Finanzbehörde**
- Steuerverwaltung -
(Die Ausbildung findet in einem von 13 Hamburger Finanzämtern statt.)
- Ausbildungsleitung: Die Vorsteherin oder der Vorsteher Ihres Ausbildungsfinanzamtes leiten Ihre Ausbildung. Ihre fachliche und persönliche Betreuung wird regelmäßig von einer Beamtin oder einem Beamten des höheren Dienstes übernommen.
- Telefon, E-Mail, Fax: Die Vergabe der Ausbildungsplätze in den Hamburger Finanzämtern erfolgt zentral über die Finanzbehörde Hamburg (Steuerverwaltung), Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg.
Telefonische Auskunft unter:
4 28 23 - 23 64, Herr Marc Albinger
(Marc.Albinger@fb.hamburg.de)
4 28 23 - 23 63, Frau Stephanie Mohr
(Stephanie.Mohr@fb.hamburg.de)
- Ausbildungskapazität: ca. 20 - 25 Ausbildungsplätze pro Jahr
- Rechtsgebiete: Im Rahmen der Ausbildung möchten wir Sie mit dem Berufsbild des Steuerverwaltungsjuristen vertraut machen. Neben der Auseinandersetzung mit verfahrens- und materiell-rechtlichen Fragen des Steuerrechts werden Ihnen die typischen Aufgaben und Arbeitsabläufe der Steuerverwaltung und insbesondere die Führungsfunktionen der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes vermittelt. Daneben stehen beim Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen typische Aufgaben und Arbeitsläufe der staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Tätigkeit im Mittelpunkt.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Regionalfinanzämter:

Altona	Am Tierpark	Barmbek-Uhlenhorst
Bergedorf	Eimsbüttel	Hansa
Harburg	Mitte	Nord
Oberalster	Wandsbek	

- Spezialfinanzämter:
Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen
Finanzamt für Verkehrssteuern und Grundbesitz

Ausbildungsinhalte:

Finanzamt für Prüfungsdienste

- der Schwerpunkt liegt auf der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit:
 - verfahrensbegleitende Tätigkeiten (auch Teilnahme an Gerichtsterminen)
 - Verfassen von Strafbefehlen
 - gutachterliche Stellungnahmen
- kurze Einführung in die Abläufe und Strukturen eines Veranlagungsfinanzamtes
- Teilnahme an Sachgebiets- und Sachgebietsleiterbesprechungen sowie sonstigen Dienstbesprechungen
- Kennen lernen der Tätigkeit einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters

Regionalfinanzämter

- Tätigkeit in der Rechtsbehelfsstelle mit Teilnahme an Besprechungen und ggf. Gerichtsterminen; in diesem Bereich liegt der Schwerpunkt Ihrer juristischen Ausbildung
- Einführung in die Aufgaben in der Veranlagungsstelle mit selbständiger Bearbeitung von Einzelsachen
- Verfassen von Einspruchsentscheidungen/ Entscheidungsvorschlägen
- Ausbildung in der Vollstreckungsstelle
- bei vorhandenen Kenntnissen in der Buchführung ggf. auch Begleitung einer Betriebsprüferin oder eines Betriebsprüfers
- Teilnahme an Sachgebiets- und Sachgebietsleiterbesprechungen sowie sonstigen Dienstbesprechungen
- Kennen lernen der Tätigkeit einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters

Finanzamt für Verkehrssteuern und Grundbesitz

- Einführung in die Aufgaben in den Bereichen Rechtsbehelfsstelle, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer
- Verfassen von Einspruchsentscheidungen/ Entscheidungsvorschlägen
- Teilnahme an Gerichtsterminen
- Teilnahme an Sachgebiets- und Sachgebietsleiterbesprechungen sowie sonstigen Dienstbesprechungen
- Kennen lernen der Tätigkeit einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Hamburg-Mitte**

- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Herr RD Diethard Wölk

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 54 – 3324

Diethard.Woelk@hamburg-mitte.hamburg.de

4 28 54 - 4844

Ausbildungskapazität: Wegen der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Räume können im Rechtsamt zur gleichen Zeit zwei - drei Referendarinnen / Referendare ausgebildet werden.

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht: Insb. Baurecht, Wegerecht, Gewerberecht, Sozialrecht (Wohngeld, BaföG, SGB XII), Ausländerrecht

Zivilrecht: Insb. Schadensersatz- und Unterhaltsangelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Referendare haben bei uns die Möglichkeit, die in den §§ 41 Abs. 1 Ziffer 3, 42 HmbJAG vorgesehene Pflicht- und Wahlstation im Rechtsamt zu absolvieren. Den Zielen des § 38 HmbJAG entsprechend werden die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der praktischen Tätigkeit vertieft. Jede Referendarin und jeder Referendar erhält einen PC-unterstützten Arbeitsplatz.

Die Ausbildung beginnt in der Regel mit einer einwöchigen Einführung in einem Fachamt des Bezirksamts und wird sodann im Rechtsamt fortgeführt. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt auf dem Entwurf von Widerspruchsbescheiden, wobei eine eigenverantwortliche Bearbeitung erfolgen soll. Daneben kann auch die Prüfung einzelner Anfragen aus den Fachämtern auf die Referendare übertragen werden. Soweit möglich, werden Referendare mit laufenden Vorgängen befasst.

Den Referendaren wird weiterhin die Möglichkeit gegeben, an Sitzungen der Widerspruchsausschüsse teilzunehmen. Wenn dies gewünscht wird, können sie auch die Leitung einzelner Sitzungen übernehmen. Ferner besteht auch die Möglichkeit, Gerichtstermine wahrzunehmen.

Die Ausbilderinnen und Ausbilder bemühen sich im Übrigen, den Referendaren die Aufgaben und Arbeitsfelder in der Bezirksverwaltung näher zu bringen. Über Teilnahme an behördeninternen Besprechungen erhalten die Referendare konkrete Einblicke in die Aufgaben und die Struktur des Bezirksamts und lernen die im Bezirk anfallenden Tätigkeiten kennen. Auf Wünsche der Referendare wird dabei nach Möglichkeit eingegangen.

Die Ausbilderinnen und Ausbilder legen dabei Wert auf eine engagierte Mitarbeit und betrachten die Referendarin oder den Referendar als "Teammitglied" des Rechtsamts.

Ausbildungsstelle:	Bezirksamt Altona - Rechtsamt -
Ausbildungsleitung:	Herr Björn Farries
Ausbildungsorganisation:	Frau Martina Schaper-Armbrust
Telefon, Telefax, E-Mail:	Tel.: 4 28 11 - 2585 / Fax: 4 28 11 - 2924 martina.schaper-armbrust@altona.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	Es stehen zeitgleich fünf Ausbildungsplätze zur Verfügung
Rechtsgebiete:	Schwerpunktgebiete sind Baurecht, Sozialleistungs- und Ausländerrecht. Daneben besteht Gelegenheit zur Bearbeitung von Angelegenheiten auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Ordnungsrechts, des Umwelt- und Naturschutzrechts sowie des Kommunalverfassungsrechts, vereinzelt auch des Schadensersatz- und Personalrechts

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Teilnahme an Sitzungen des Widerspruchsausschusses und Leitung von mündlichen Verhandlungen unter Aufsicht,
- Teilnahme an Gerichtsverhandlungen und eigenverantwortliche Prozessvertretung des Bezirksamts,
- Vorbereitung und Gestaltung von Besprechungsterminen mit Bürgern, Anwälten, Fachämtern und Dezernenten,
- Besuch von Sitzungen der Bezirksversammlung sowie ihrer Fachausschüsse mit Protokollführeraufgaben.

Ausbildungsinhalte

Ihre solide Examensvorbereitung ist uns genau so wichtig wie die darüber hinausgehende Einführung in die Berufspraxis der Verwaltungsjuristen in einer modernen Kommunalverwaltung.

In diesem Rahmen fertigen Sie Entscheidungsentwürfe in Widerspruchssachen, entwerfen Schriftsätze in gerichtlichen Verfahren, prüfen oder gestalten Vertragsentwürfe und erarbeiten in selbstständigem Kontakt mit den Fachdienststellen des Bezirksamts Stellungnahmen oder Gutachten zu einzelnen Rechtsfragen oder Rechtssetzungsvorhaben des Senats. In Beratungsgesprächen mit Anwälten, Bürgern und Mitarbeitern der verschiedenen Fachämter sowie in Aktenvorträgen lernen Sie, Ihre Arbeitsergebnisse praxisnah und adressatengerecht zu vermitteln.

Wir bieten Ihnen einen modern ausgestatteten Arbeitsplatz mit eigenem PC inkl. Flachbildmonitor, Drucker und Internetzugang und stehen Ihnen mit einem Team erfahrener Verwaltungsjuristinnen und -juristen zur Seite.

Sie haben ein besonderes Interesse am öffentlichen Recht und Ihre Rechtskenntnisse auf diesem Gebiet idealer Weise schon vertieft durch einen Wahlschwerpunkt im Studium bzw. eine wissenschaftliche Tätigkeit oder verfügen über anderweitige Vorerfahrungen in der Verwaltung.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns an - wir freuen uns auf Sie!

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Eimsbüttel**
- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Frau RD'in Gundi Waßmann

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 01 – 3783
Gundi.Waßmann@eimsbuettel.hamburg.de

Ausbildungskapazität: zwei Referendararbeitsplätze mit Telefon- und PC Ausstattung
(Zugang zu Juris und beck-online)

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Recht der Jugendhilfe, Sozialrecht, Ausländerrecht
- Baurecht, Naturschutzrecht, Wohnungspflegerecht
- Immissionsschutzrecht, Gesundheitsschutz, Wirtschafts- und Ordnungsrecht, Gewerberecht

Ausbildungsinhalte:

Führen von Widerspruchsverfahren, Leitung von Widerspruchssitzungen, Absetzen der Widerspruchsbescheide, Führung von Prozessen in den genannten Rechtsbereichen vor den jeweils zuständigen Gerichten, Beratungstätigkeit für die Fachämter. Soweit gewünscht, kann bei einzelnen Fachdienststellen hospitiert werden.

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Hamburg-Nord**

- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Herr Matthias Dummer

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 04 - 2252 / - 2262
Matthias.Dummer@hamburg-nord.hamburg.de

4 28 04 - 2546

Ausbildungskapazität: zwei Plätze

Rechtsgebiete: Im Wesentlichen Bauplanungs- und Bauordnungsrecht; Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsrecht; Ausländerrecht; Jugendhilferecht; Zweckentfremdungs- und Wohnungspflegeangelegenheiten; Verbraucherschutzangelegenheiten; Gesundheitsangelegenheiten, Wohngeld-, Erziehungsgeld- und Unterhaltssicherungsangelegenheiten; Schadensersatz-angelegenheiten; Personalangelegenheiten; Senatsdrucksachen- und Eingabenangelegenheiten; Dienstaufsichtsbeschwerdenangelegenheiten; Sonderaufgaben für den Bezirksamtsleiter oder Rechtsdezernenten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In den Referaten des Rechtsamts

Ausbildungsinhalte:

Die Referendarinnen und Referendare lernen die Bezirksverwaltung in ihrer unterschiedlichen fachlichen Ausprägung kennen. Ihre wesentliche Aufgabe besteht in der Fertigung von Widerspruchs-entscheidungen und der Vertretung der FHH vor dem Verwaltungsgericht und Sozialgericht, aber auch vor der Zivilgerichtsbarkeit in 1. Instanz. Daneben stehen Rechtsprüfungen für die Bezirksamtsleitung und die Fachämter in Rede. Stellungnahmeentwürfe für den Bezirksamts-leiter zu Senatsdrucksachen und Eingaben an die Bürgerschaft gehören ebenso zum, wenn auch nicht täglichen Geschäft.

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Wandsbek**
- Bezirksamtsleitung -

Ausbildungsleitung: Frau Cornelia Schroeder-Piller

Telefon, E-Mail, Fax: Sekretariat: 4 28 81 - 3001
Cornelia.Schroeder-Piller@wandsbek.hamburg.de
4 28 81 - 2060

Ausbildungskapazität: zzt. ein Referendar/-in

Rechtsgebiete: Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Bezirksverwaltungsgesetz
(insbes. Auslegungsfragen, Geschäftsordnungs-, Abgeordneten-,
Fraktionsrecht)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Bei der Bezirksamtsleitung.

Ausbildungsinhalte:

Die Referendare arbeiten an einer Schnittstelle von Recht und Politik. Die Ausbildung zeichnet sich durch große Vielfalt aus, wobei die Rechtsanwendung nur einen Teil der Arbeit darstellt.

Die Teilnahme an abendlichen Sitzungen der Bezirksversammlung und von Ausschüssen ist erwünscht, ferner die Begleitung der Bezirksamtsleitung zu internen und externen Terminen sowie das Halten mündlicher Vorträge gegenüber der Bezirksamtsleitung.

Darüber hinaus fertigen die Referendare Grußworte, Reden und Vorträge für die Bezirksamtsleitung und erstellen wissenschaftliche Recherchen zu ausgewählten Schwerpunktthemen.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Pressearbeit. Die Tagespresse ist aufmerksam zu verfolgen; gegebenenfalls sind Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Geschehnissen zu entwerfen.

Ausbildungsstelle:	Bezirksamt Wandsbek - Rechtsamt -
Ausbildungsleitung:	Herr Rolf Brüggemann
Telefon, E-Mail, Fax:	Sekretariat: 4 28 81 - 2086 RechtsamtWandsbek@wandsbek.hamburg.de 4 28 81 - 3022
Ausbildungskapazität:	sechs Ausbildungsplätze
Rechtsgebiete:	Im Wesentlichen Bauplanungs- und Bauordnungsrecht; Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsrecht; Ausländerrecht; Jugendhilferecht; Zweckentfremdungs- und Wohnungspflegeangelegenheiten; Verbraucherschutzangelegenheiten; Gesundheitsangelegenheiten; Wohngeld-, Erziehungsgeldangelegenheiten; Schadensersatzangelegenheiten, Sonderaufgaben für den Bezirksamtsleiter und Rechtsdezernenten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In sechs Referaten des Rechtsamtes

Ausbildungsinhalte:

Referendare haben im Rechtsamt Wandsbek die Möglichkeit, die in §§ 41 Abs. 1 Ziffer 3, 42 HmbJAG vorgesehene Pflicht- und Wahlstation zu absolvieren. Den Zielen des § 38 HmbJAG entsprechend werden die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der praktischen Tätigkeit vertieft. Den Referendarinnen und Referendaren stehen ca. 4 PC-Arbeitsplätze zur Verfügung.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt auf dem Entwurf von Anhörungsschreiben und Widerspruchsbescheiden, wobei eine eigenverantwortliche Bearbeitung erfolgen soll. Daneben kann auch die Prüfung einzelner Anfragen aus den Fachämtern auf die Referendare übertragen werden.

Die Referendare nehmen zudem regelmäßig an Sitzungen der Widerspruchsausschüsse teil und erhalten die Möglichkeit, die Leitung einzelner Sitzungen zu übernehmen. Ferner besteht die Möglichkeit, Gerichtstermine wahrzunehmen. Auf Wunsch kann ggf. für einige Tage in einem Fachamt hospitiert werden.

Die Referendare erhalten die Gelegenheit, die Aufgaben und Arbeitsfelder in der Bezirksverwaltung kennen zu lernen. Über Teilnahme an behördeninternen und externen Besprechungen erhalten die Referendare konkrete Einblicke in die Aufgaben und die Struktur des Bezirksamtes und lernen die im Bezirk anfallenden Tätigkeiten kennen. Auf Wünsche der Referendare wird dabei nach Möglichkeit eingegangen.

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Bergedorf**
- Rechtsamt -
Ausbildungsleitung: Frau LRD'in Braasch-Eggert
Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 91 - 2029
rechtsamt@bergedorf.hamburg.de
4 28 91 - 2237
Ausbildungskapazität: drei gleichzeitig
Rechtsgebiete: Vorwiegend öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsamt

Ausbildungsinhalte:

Überwiegend Widerspruchsverfahren im Recht der Leistungs- und Ordnungsverwaltung;
seltener: Owi-Verfahren, Schadensersatz- und Vertragsrecht

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Harburg**
- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Herr Mathias Koch - Rechtsamtsleiter -
4 28 71 - 3561 / - 3518

Telefon, E-Mail, Fax: Mathias.Koch@harburg.hamburg.de
4 28 71 - 2672

Ausbildungskapazität zwei Ausbildungsplätze (max.)

Rechtsgebiete: Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Landschafts- und Naturschutzrecht, Städtebauförderung, Tiefbauangelegenheiten, Verbraucherschutz- und Gewerberecht, Grundsicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Wohnungsangelegenheiten, Melderecht, Schadenersatzrecht, Personalrecht, Ausländerrecht, Ordnungswidrigkeiten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- s.o.

Ausbildungsinhalte:

Durchführung von Rechtsprüfungen, Korrespondenz mit Rechtsanwälten, Gerichten und Bürgern, Anfertigung von Widerspruchsbescheiden, Wahrnehmung von Gerichtsterminen, Leitung von Widerspruchsausschuss-Sitzungen.

Ausbildungsstelle: **Hamburg Port Authority**
Anstalt des öffentlichen Rechts

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Jörn Augner

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 47 – 3952
joern.augner@hpa.hamburg.de
4 28 47 - 2106;

Ausbildungskapazität: pro Jahr acht bis zehn; zeitgleich zwei bis drei

Rechtsgebiete: Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Hafenplanungsrecht, Wasser- und Umweltrecht, Hafenverkehrsrecht, Wegerecht, öffentliches und privates Baurecht, Vertragsrecht, Schadensrecht, Schifffahrtsrecht, Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Für Rechtsreferendare in den o.g. Rechtsgebieten

Ausbildungsinhalte:

- Rechtliche Begleitung und Betreuung der Verwaltung des Hamburger Hafens (insbesondere Planung, Instandhaltung, Neubau und Betrieb der baulichen Anlagen und Wasserflächen des Hamburger Hafens, der Wasserstraßen und Verkehrsanlagen wie Eisenbahn, Straßen, Schleusen, Brücken, Hafenverkehrsbehörde, Hafensliegenschaften)
- Rechtliche Begleitung und Betreuung der Hafenverwaltung im Rahmen der sie betreffenden ministeriellen Aufgaben der Behörde für Wirtschaft und Arbeit als Aufsichtsbehörde (insbesondere Rechtsetzung)
- Prozessführung
- Kennen lernen von Dienststellen der Hamburg Port Authority außerhalb der Rechtsabteilung
- Teilnahme an Besprechungen sowie Ortsbesichtigungen im Hamburger Hafen
- Einbindung in Teamarbeit.

Ausbildungsstelle: **Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Thomas Ledermann
Herr Sven Marxsen

Telefon, E-Mail, Fax: Tel.: 040 / 36 13 02 – 0
s.marxsen@boersenag.de,
Fax: 040 / 36 13 02 – 23

Ausbildungskapazität: eine Stelle

Rechtsgebiete: Kapitalmarktrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Kapitalmarktrecht
- Gesellschaftsrecht
- Privatrecht (eingeschränkt)

Ausbildungsinhalte:

Die Hanseatische Wertpapierbörse ist die älteste in Deutschland betriebene Wertpapierbörse, deren Trägergesellschaft, die BÖAG Börsen AG, zudem die Wertpapierbörse in Hannover betreibt. Neben dem klassischen Handel von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren wird unter der Marke der Fondsbörse Deutschland auch der Handel von offenen und geschlossenen Fonds angeboten.

Der Schwerpunkt liegt in der Bearbeitung allgemeiner börsen- und aktienrechtlichen Fragestellungen. Hinzu kommen sämtliche unternehmenstypischen Aspekte, die in der Vergangenheit insbesondere im Bereich des Gesellschafts-, Vereins- sowie Markenrechts lagen. Darüber hinaus sind ggf. Aspekte aktueller kapitalmarktrelevanter Gesetzgebungsvorhaben zu beleuchten. Dies betrifft sowohl europäische als auch nationale Gesetzgebungsinitiativen.

Ausbildungsstelle: **Ärztammer Hamburg**, Körperschaft des Öffentlichen Rechts
Rechtsabteilung
Humboldtstr. 56, 22083 Hamburg

Ausbildungsleitung: Frau Gabriela Luth (Justitiarin)

Telefon, E-Mail, Fax: Tel.: 040 / 22 80 25 70, recht@aekhh.de Fax: 040 / 220 99 80

Ausbildungskapazität: Rechtsabteilung: ein Referendar

Rechtsgebiete: Allgemeines Verwaltungsrecht/Verwaltungsprozessrecht, Recht der ärztlichen Weiterbildung, Ärztliches Berufsrecht einschl. Disziplinarrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung

Ausbildungsinhalte: siehe Rechtsgebiete. Arzthaftungsrecht zählt **nicht** zu den Aufgaben der Ärztekammer

Die Ausbildungsinhalte ergeben sich aus den Aufgaben der Kammern gem. § 6 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14.12.2005. Die Aufgaben der Kammern sind:

(1) Es ist Aufgabe der Kammern,

1. die Erfüllung der Berufspflichten der Kammermitglieder, einschließlich des Vorliegens einer Berufshaftpflicht im Sinne von § 27 Absatz 3, zu überwachen, soweit nicht bei öffentlich Bediensteten die Zuständigkeit der Dienstvorgesetzten gegeben ist. Die Aufsichtsbehörde kann allgemein oder im Einzelfall anordnen oder zulassen, dass sich die Überwachungspflicht ganz oder teilweise auch auf die Erfüllung der Berufspflichten innerhalb von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst erstreckt,
2. die beruflichen Belange der Gesamtheit der Kammermitglieder wahrzunehmen,
3. die Qualitätssicherung sowie die Fortbildung der Kammermitglieder zu gestalten und zu fördern, sowie die Weiterbildung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu regeln,
4. den öffentlichen Gesundheitsdienst und das öffentliche Veterinärwesen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben – insbesondere nach Maßgabe der Bestimmungen des Hamburgischen Gesundheitsdienstgesetzes – zu unterstützen,
5. auf Verlangen der zuständigen Behörden und Gerichte in den Angelegenheiten des jeweiligen Berufs Stellungnahmen abzugeben und Sachverständige zur Erstattung von Gutachten zu benennen,
6. für ein gedeihliches Verhältnis der Kammermitglieder untereinander zu sorgen,
7. sich bei Streitigkeiten, die aus der Berufsausübung entstanden sind, um Schlichtung zu bemühen,
8. durch Rechtsvorschrift oder im Einvernehmen mit den Kammern durch den Senat besonders übertragene Aufgaben durchzuführen (staatliche Auftragsangelegenheiten).

Ausbildungsstelle: **Verwaltungs-Berufsgenossenschaft**
Zentrales Justitiariat

Ausbildungsleitung: Herr Rüdiger Siem

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 51 46 - 21 59
Ruediger.Siem@VBG.de
040 / 51 46 - 2022

Ausbildungskapazität: ein Referendar/in zzt.

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Zentrales Justitiariat
- Rehabilitation
- Beitragseinzug

Ausbildungsinhalte:

Für das Zentrale Justitiariat:

- Bearbeitung von allgemeinen Rechtsfragen
- Gutachten zu aktuellen Problemen (Verwaltungs-, Zivil-, Prozessrecht)
- Erstellung v. Schriftsätzen in sozialgerichtlichen Verfahren.

Wir bieten neben der rein juristischen Ausbildung eine Einbindung in ein diskussionsfreudiges kleines Team, in dem Sie wegen Ihrer Examensnähe einerseits und des fast völligen Fehlens von Routineaufgaben auch für uns andererseits für die Dauer Ihrer Anwesenheit eine (fast) gleichberechtigte Stellung einnehmen werden.

Wir freuen uns, Sie in einem Vorstellungsgespräch kennen zu lernen!

Ausbildungsstelle: **Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie**
Bezirksverwaltung Hamburg

Ausbildungsleitung: Herr Assessor Reinhard Holtstraeter

Telefon, E-Mail, Fax: Telefon: 0 40 / 236 32 - 602
rholtstraeter@bgchemie.de
Fax: 0 40 / 236 32 - 654

Ausbildungskapazität: ein - zwei Referendare(innen) jährlich

Rechtsgebiete: Sozialrecht, insbesondere das Recht der Gesetzlichen Unfallversicherung

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Leitung einer Bezirksverwaltung

Ausbildungsinhalte:

- Einblick in Führungsaufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung durch Begleitung des Alltages eines Bezirksverwaltungsgeschäftsführers einschließlich der Sitzungs- und Tagungsbegleitung zu folgenden Gremien:
 - Fachbesprechungen mit Bereichsleitern
 - Personalrat
 - Ausschüsse des Landes- und Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften
 - Fachtagungen zu Fragen des Sozialrechts, der Unfallchirurgie oder der Arbeitsmedizin
 - Berufsgenossenschaftliche Kliniken
- Erstellung oder Prüfung von Bescheiden und Widerspruchsbescheiden Leistungsrecht (Unfall und Berufskrankheiten) einschließlich der Schlüssigkeitsprüfung medizinischer Gutachten,
- Vorbereitung und Teilnahme an Renten- sowie Widerspruchssitzungen mit Fallvortrag,
- gutachtliche Bewertung und Bearbeitung problematischer ggf. noch in der politischen Diskussion befindlicher Grundsatzfragen im Unfall- und Berufskrankheitenrecht,
- Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in konkreten Versicherungsfällen mit Vorschlag einer prozessrechtlichen Einschätzung einschließlich Terminvertretung und Verfassen von Schriftsätzen in Sozialgerichts- und Landessozialgerichtsverfahren,
- gutachtliche Bewertung von personalrechtlichen und finanzrechtlichen Fragen.

- Ausbildungsstelle: **Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege**
- Ausbildungsleitung: Herr Kai Ristig
(Leiter Abt. Recht und Regress)
- Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 20207-1500
kai.ristig@bgw-online.de
040 / 20207-1599
- Ausbildungskapazität: ein-zwei Referendare/Referendarinnen i.d. Rechtsabteilung
- Rechtsgebiete: Zivilrecht, insbes. Haftpflichtrecht; Sozialrecht, Prozessrecht (ZPO, SGG);
Z.T. spezialgesetzliche Regelungen, z.B. Steuerrecht, Vergaberecht, Urheberrecht etc.;
- Grundsätzlich werden in der Abt. die unterschiedlichsten Rechtsgebiete bearbeitet.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung Recht und Regress

Ausbildungsinhalte:

Die Abteilung ist einerseits für die Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche im Rahmen von Regressverfahren gem. §§ 116 SGB X/110 SGB VII i.V.m. insbes. 823 BGB zuständig, andererseits obliegt ihr die Wahrnehmung allgemeiner Justitiariatsaufgaben. Folgende Aufgaben sind für Sie vorgesehen:

- Fertigung von rechtlichen Stellungnahmen zu verschiedensten Themen;
- Bearbeitung einzelner Regressfälle (§116 SGB X,110 SGB VII) einschließlich Korrespondenz mit Schuldner;
- Anfertigung von Schriftsätzen in Zivilprozessen, ggf. auch in BSG- Verfahren; wenn möglich einzelne Terminwahrnehmungen;
- Prüfung und Neugestaltung von Verträgen;
- Korrespondenz in Rechtsangelegenheiten;
- Bearbeitung einzelner Bußgeldverfahren, ggf. Teilnahme am Bußgeldausschuss mit Vortrag der Fälle;
- Informativische Teilnahme an mündlichen Fallbesprechungen mit Haftpflichtversicherern;

Wir würden uns über ein informelles Vorstellungsgespräch mit Ihnen freuen!

Ausbildungsstelle: **Hamburger Stadtentwässerung**
Ausbildungsleitung: Herr Carsten Pohl
Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 3498 – 50210
Carsten.Pohl@hhse.de
040 / 3498 - 50299
Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in
Rechtsgebiete: Öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- HSE 02 (Justitiariat)

Ausbildungsinhalte:

Öffentliches Recht (insbes. Wasserrecht, Wegerecht, Abgabenrecht), Vergaberecht, Vertragsrecht (insbes. Bauvertragsrecht), Staatshaftungsrecht, Schadensrecht, Grundstücksrecht

Ausbildungsstelle: **Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH)**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Wolfgang Bauchrowitz (Stv. Direktor und Justitiar)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 369 005-15

Zogs@ma-hsh.de

040 / 369 005 55

Ausbildungskapazität: Eine Referendarin bzw. ein Referendar zur Zeit

Rechtsgebiete: Medien- und Rundfunkrecht, Telemedienrecht, Verwaltungs(verfahrens)recht, Telekommunikationsrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Justizariat (d.h. Rechtsbereich)

Ausbildungsinhalte:

Wahrnehmung der Aufgaben der Landesmedienanstalten

Schwerpunkte der MA HSH sind:

- Entscheidungen über die Zulassung von Hörfunk- und TV-Programmen
- Entscheidung über die Verbreitung in- und ausländischer Programme in Hamburger bzw. Schleswig-Holsteinischer Kabelnetz
- Aufsicht über unzulässige Angebote und den Jugendschutz nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
- Beurteilung und Kontrolle der von der MA HSH lizenzierten Programme, insbesondere hinsichtlich ihres Beitrages zur Förderung der Programmvielfalt und der Einhaltung der werberechtlichen Anforderungen
- Aussicht über Telemedien (insb. im Bereich Jugendmedienschutz, Werbung und Informationspflichten)
- Beratung von Medienunternehmen und Bürgern
- Mitwirkung bei der Umstellung von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik
- Information der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Publikationen sowie
- Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten zur Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben nach dem Rundfunkstaatsvertrag.

Ausbildungsstelle: **Hamburgische Architektenkammer**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Holger Matuschak (Justitiar)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 44 18 41-0

info@ak-hh.de

040 / 441841-44

Ausbildungskapazität: max. vier Referendarstellen pro Jahr

Rechtsgebiete: Berufsrecht der Architekten und Ingenieure, Honorarrecht, sonstiges privates Baurecht (z.B. Werkvertragsrecht, VOB/B), Vergaberecht, öffentliches Baurecht, Wettbewerbsrecht, Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Justitiariat

Ausbildungsinhalte:

Einführung in die Aufgaben, rechtlichen Grundlagen und Betätigungsfelder der Hamburgischen Architektenkammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Einführung in die Tätigkeit einer Juristin bzw. eines Juristen in einer derartigen Körperschaft.

Mögliche Referendartätigkeit:

- Bearbeitung von Akten in Form gutachterlicher Stellungnahmen,
- Entwurf erforderlicher Schriftsätze,
- Recherche zu kammerpezifischen Rechtsfragen,
- Begleitung und eigenständige Durchführung von Beratungsgesprächen für Mitglieder,
- Teilnahme an Besprechungen,
- Teilnahme an Sitzungen der Organe, Ausschüsse und Arbeitskreise der Kammer, z.B. der Kammerversammlung, des Vorstandes, des Wettbewerbsausschusses, des Eintragungsausschusses, des Schlichtungsausschusses, des Arbeitskreises für Gebühren- und Vertragsfragen,
- kostenlose Teilnahme an Veranstaltungen der Kammer insbesondere der kammereigenen Fortbildungsakademie,
- vergleichende Betrachtungen zur Hamburgischen Ingenieurkammer-Bau, mit der die Hamburgische Architektenkammer kooperiert und für die der Ausbilder ebenfalls als Justitiar fungiert, und dem insoweit zugrunde liegenden Recht.

Ausbildungsstelle: **Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt**

Ausbildungsleitung: Herr Hans-Hermann Gerke

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 248 46 – 240
h-h.gerke@wk-hamburg.de
040 / 248 46 - 371

Ausbildungskapazität: Wir haben bislang pro Jahr ca. zwei-drei Referendarstellen besetzt

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung

Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und zugleich Kreditinstitut i.S. des KWG. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt vom 6.3.1973 (HmbGVBl. S.41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.01.2001 (HmbVBl. S.462). Anstaltsträger und zugleich Anstaltseigner ist die Freie und Hansestadt Hamburg. Aufgaben sind die finanzielle Förderung des Baus, der Erhaltung und der Modernisierung von Wohnungen sowie von stadtentwicklungs- und umweltpolitischen Maßnahmen nach näherer Regelung durch den Senat. Die Förderung erfolgt insbesondere durch die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie die Übernahme von Sicherheitsleistungen (Weitere Information auf unserer Internetseite).

Ausbildungsinhalte:

Vorangehende Generaleinweisung in die Tätigkeit des Hauses und speziell der Rechtsabteilung.

Schwerpunkte der Verwaltungsstation:

1. Besonderes Verwaltungsrecht (entspr. Den materiell-rechtlichen Förderungsvoraussetzungen)
 - Zweites Wohnungsbaugesetz für Förderungen bis einschließlich Ende 202 und deren „Abwicklung“ nebst Wohnungsbindungsgesetz und dazugehörigen Verordnungen (Zweite Berechnungsverordnung, Neubaumietenverordnung)
 - Wohnungsraumförderungsgesetz (für Förderungen am 2003)
 - Baugesetzbuch
 - WK-Gesetz
 - „Förderungsgrundsätze“ (Richtlinien) zu allen Förderungsarten

Hinweis: Alle vorgenannten Bestimmungen kommen in der Ausbildung in der Regel jeweils nur hinsichtlich, weniger, schnell zu erfassender Einzelregelungen zur Anwendung.

2. Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren

- VwGO, VwVfG

Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt der Ausbildung: Insbesondere Fragen der Ausübung von Ermessen unter Berücksichtigung von Vertrauensschutzgesichtspunkten bei Widerruf und Rücknahme, Abgrenzung zu unbestimmten Rechtsbegriffen, Ermittlung der maßgeblichen Verwaltungsübung, Zulässigkeit und Rechtsnatur von Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten in Form von Bewilligungsbescheiden bzw. Förderzusagen wie auch Fragestellungen zur Gestaltung öffentlich-rechtlicher (Förder-) Verträge spielen – neben der Klärung der materiellrechtlichen Förderungsvoraussetzungen – bei fast allen in der Station anzufertigenden schriftlichen Arbeiten (gutachterliche Stellungnahmen, Rücknahme-, Widerrufs-, Leistungs- und Widerspruchsbescheiden, Klagschriften bzw. Klagerwiderungen) und ebenso in den mündlichen Erörterungen und Kurzvorträgen wie auch bei der Teilnahme an Verwaltungsgerichtsterminen eine zentrale Rolle.

3. Weitere mögliche Ausbildungsinhalte

Entsprechend der regelmäßig „2-stufigen“ Gewährung von Förderungsmitteln haben die Referendare – je nach Interesse – auch die Möglichkeit, ihre Kenntnisse zu vielfältigen zivilrechtlichen (insbesondere schuld- und sachenrechtlichen) aber auch vollstreckungsrechtlichen Fragestellungen bis hin zu Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung zu vertiefen und z.B. auch an Zwangsversteigerungsterminen teilzunehmen.

Ausbildungsstelle: **Handelskammer Hamburg**
Ausbildungsleitung: Herr Dr. Andreas Fuhrhop
Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 36 13 8-307
andreas.fuhrhop@hk24.de
Fax - 533
Ausbildungskapazität: in der Regel vier
Rechtsgebiete: Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht
- Handels- und Zivilrecht
- Arbeitsrecht
- Berufsbildungsrecht
- Recht und Praxis der außergerichtlichen Streitbeilegung

Ausschnitte aus evtl. Abteilungsstationen:

- Steuerrecht
- Umweltrecht
- Markenrecht
- Recht der Finanzdienstleistungen
- Verkehrsrecht

Ausbildungsinhalte:

- Erstellung von Widerspruchsbescheiden und Klagerwiderungen
- Entwürfe und Überarbeitung von Verträgen
- Entwürfe von Merkblättern zu rechtlichen Themen
- Erstellung von Gutachten
- Teilnahme an Sitzungen, deren Vorbereitung und Nachbereitung (Protokolle)
- Vorbereitung rechtspolitischer Stellungnahmen
- teilw. Einstiegsberatung von Kammerzugehörigen

Ausbildungsstelle: **Handwerkskammer Hamburg**
Abteilung Betriebsberatung und Recht

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Buchholz
Herr Einhaus

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 3590 - 5248 / -5237
Fax: 040 / 3590 - 5363

Ausbildungskapazität: k.A.

Rechtsgebiete: k.A.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Verwaltungsprozessrecht, Verwaltungsverfahrenrecht
- Handwerksordnung, Gesellschaftsrecht
- Insolvenzrecht, Wettbewerbsrecht
- Werkvertragsrecht, Mietrecht
- privates Baurecht, Arbeitsrecht

Die Handwerkskammer Hamburg sucht regelmäßig Referendarinnen / Referendare, die ihre Verwaltungsstation / Wahlstation in der Rechtsabteilung absolvieren möchten.

Die Tätigkeit erfordert neben verwaltungsrechtlichem Wissen (Verwaltungsprozessrecht, Verwaltungsverfahrenrecht, Handwerksordnung u.v.m.) insbesondere auch Kenntnisse im Zivilrecht und dem Wirtschafts- (Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Wettbewerbsrecht, Werkvertragsrecht, Mietrecht, privates Baurecht) und Arbeitsrecht; im Bereich der Außenwirtschaft zudem die Themenbereiche EU-Recht, internationale Verträge, internationale Aspekte der Umsatzsteuer und internationale Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Die rechtliche Beratung umfasst Aufgaben, die einer lebhaften Rechtsanwaltskanzlei entsprechen.

Neben vielfältigen Rechtsauskünften an Handwerker werden Vermittlungsgespräche zwischen Handwerksbetrieben und Verbrauchern geführt, ferner finden Beratungsgespräche im Insolvenzrecht und im Bereich Außenwirtschaft mit Handwerkern statt. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Fragen der Handwerker werden in Zusammenarbeit mit den Betriebsberatern erörtert.

Ein weiterer Bereich der Ausbildung befasst sich mit Streitigkeiten aus bestehenden Berufsausbildungsverhältnissen und Problemen des Prüfungsrechts.

Die Ausschreibung wendet sich an Bewerber/-innen mit wirtschaftlichem und unternehmerischem Denken und Handeln sowie sicherem Auftreten. Für den Bereich der Außenwirtschaft sind Fremdsprachenkenntnisse (Englisch, Polnisch etc.) vorteilhaft.

Ausbildungsstelle: **Hanseatische Rechtsanwaltskammer**

(Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer ist die Berufsorganisation aller in Hamburg zugelassenen Rechtsanwälte. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Sie können sich über die Kammer im Internet unter der Adresse www.Rechtsanwaltskammerhamburg.de ausführlich informieren.)

Ausbildungsleitung: Die Ausbildungsleiter sind die in der Kammer in der Geschäftsführung tätigen Rechtsanwälte Frau Dr. Carolin Kenter, Frau Claudia Conrad und Herr Hartmut Scharmer.

Telefon, E-Mail, Fax: Telefon: 040 / 35 74 41-0

Fax: 040 / 35 74 41-41

info@rechtsanwaltskammerhamburg.de

Ausbildungskapazität: Es können maximal **zwei** Referendare zurzeit ausgebildet werden.

Rechtsgebiete: Anwaltliches Berufsrecht, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Rechtsberatung und darauf bezogenes Wettbewerbsrecht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in den oben genannten Bereichen.

Ausbildungsinhalte:

Die Referendare sind in das Tagesgeschäft der Kammer eingebunden. Sie bearbeiten alle hier vorkommenden Rechtsangelegenheiten je nach Fertigkeiten möglichst selbstständig.

Hierzu gehört: Beschlussvorlagen, Bescheide, Voten, Protokolle von Vorstands- und sonstigen Sitzungen, Gutachten.

Die Arbeit ist außerordentlich vielfältig.

Voraussetzung für die Absolvierung einer Verwaltungsstation in der Rechtsanwaltskammer ist in der Regel Ausbildungs- oder sonstige Erfahrungen im anwaltlichen Berufsfeld.

Ohne solche Vorbefassung ist der Ausbildungs- und Lerneffekt im Bereich der Berufsaufsicht und beruflichen Interessenvertretung nicht optimal.

- Ausbildungsstelle: **Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche**
- Körperschaft des öffentlichen Rechts-
Das Büro der Landeskirchlichen Beauftragten bei Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
- Ausbildungsleitung: Frau Oberkirchenrätin Dr. jur. Elisabeth Chowaniec
- Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 36 90 02-31/32
lkb.hh-nka@nordelbien.de
Fax: 040 / 36 90 02-21
- Ausbildungskapazität: Eine Person zurzeit
- Rechtsgebiete: Staats- und Verfassungsrecht, Staatskirchenrecht, Allgem. und Bes. Verwaltungsrecht, geringe Anteile Zivil- und Strafrecht, Politikwissenschaft, Soziologie

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In der Bischofskanzlei Hamburg gibt es nur eine juristische Oberkirchenratsstelle, nämlich die genannte.
- Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche bietet aber auch die Ausbildung im Nordelbischen Kirchenamt, vergleichbar einer obersten Landesbehörde, an. Es befindet sich in Kiel, ist aber auch für den Sprengel Hamburg zuständig.
- Außerdem können Referendare und Referendarinnen eine Verwaltungsstation im Kirchenkreis Alt-Hamburg ableisten.

Ausbildungsinhalte:

Die Landeskirchliche Beauftragte nimmt die Interessen der Landeskirche bei der Landesregierung und dem Landesparlament wahr und bietet sich ihrerseits als Ansprechperson für Senat und Bürgerschaft an. Sie verfolgt Gesetzgebungsverfahren, verhandelt kirchliche Belange, insbesondere in den staatskirchenrechtlich relevanten Bereichen (z. B. Religionsunterricht, evangelische Fakultäten etc) und ist zuständig für den Staatskirchenvertrag. Sie vermittelt bei Problemen und sorgt für Begegnungen zwischen staatlichen und kirchlichen Institutionen und Personen.

Die Mitgliedschaft in der Evangelisch-Lutherischen Kirche, zumindest aber in einer, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen angehöriger Kirche, ist Voraussetzung für die Übernahme.

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche ist in Hamburg und Schleswig-Holstein nach wie vor einer der größten Arbeitgeber und bietet auch für junge Juristinnen und Juristen Chancen.

Ausbildungsstelle: **Erzbistum Hamburg - Erzbischöfliches Generalvikariat**
Abteilung Recht

Ausbildungsleitung: Herr Karl Schmiemann
(Justitiar des Erzbistums Hamburg, Leiter der Abteilung Recht)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 24877-231/241
schmiemann@egv-erzbistum-hh.de
040 / 24877-288

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Zivilrecht, Öffentliches Recht, Kirchliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

k.A. (bitte erfragen)

Ausbildungsinhalte:

k.A. (bitte erfragen)

Ausbildungsstelle: **Techniker Krankenkasse**
- Hauptverwaltung -
Bereich Leistungen / Fachbereich Leistungsmanagement

Ausbildungsleitung: Herr Rainer Bunk
Herr Matthias Paesch

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 6909-1759 bzw -1535
Rainer.Bunk@tk-online.de

Ausbildungskapazität: zwei

Rechtsgebiete: Sozialversicherungsrecht, Verwaltungsverfahrenrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Fachreferat mbA Widersprüche und Sozialgerichtsverfahren Leistungen (WSL)

Ausbildungsinhalte:

Die Techniker Krankenkasse ist eine bundesunmittelbare und rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit über 5 Mio. Versicherten ist sie eine der großen deutschen Ersatzkassen. Die Hauptverwaltung hat ihren Sitz in Hamburg.

Seit dem Jahr 2000 bildet die Techniker Krankenkasse regelmäßig Referendare aus. Neben einem vertieften Einblick in die juristische Tätigkeit einer großen gesetzlichen Krankenversicherung, liegt der Aufgabenschwerpunkt der Ausbildung in der

- Prüfung der formellen und materiellen Verfahrensvoraussetzungen in Widerspruchsfällen aus dem Bereich des Leistungsrechts, einschl. des Führens des erforderlichen Schriftwechsels, und dem
- Erstellen der Widerspruchsbescheidentwürfe für die Widerspruchsausschüsse der Kasse; sowie dem
- Führen des Schriftwechsels in Sozialgerichtsverfahren der 1. und 2. Instanz, einschließlich der Wahrnehmung von Terminen zur mündlichen Verhandlung vor dem SG Hamburg und ggfls dem LSG Hamburg.
- Anfertigen von Gutachten zu Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung.

Unsere guten Erfahrungen mit den uns zugewiesenen Referendaren, die mit Freude und Engagement bei der Sache waren, ermutigt uns sehr diesen Weg weiterzugehen.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ausbildungsstelle: **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**
Hauptabteilung Personal / Personalwirtschaft

Ausbildungsleitung: Herr Andreas Damm

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 4156-3496
a.damm@ndr.de
040 / 156-2740

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Arbeitsrecht, Tarifrecht, Sozialrecht, Personalvertretungsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung Personalwirtschaft

Ausbildungsinhalte:

- Anstehende Fragen des Arbeits- und Tarifrechts
- Sozialrecht insbesondere im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung
- Anstehende Fragen des Personalvertretungsrechts

Ausbildungsstelle: **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**
Rothenbaumchaussee 132, 20149 Hamburg

Ausbildungsleitung: Herr Klaus Siekmann

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 4156 2234
k.siekmann@ndr.de
040 / 4156 3745

Ausbildungskapazität: zwei Plätze

Rechtsgebiete: Medienrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Justizariat

Ausbildungsinhalte:

Verwaltungs- oder Wahlstation I oder Wahlstation II

Tätigkeit umfasst alle Aufgabenbereiche, die im Justizariat einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wahrgenommen werden (u.a. Zivil- und Zivilprozessrecht, Rundfunkverfassungs-, organisations- und –gebührenrecht, Datenschutz- und Jugendschutzrecht, Strafrecht, Arbeitsrecht sowie Urheber-, Kartell-, Wettbewerbs- und Presserecht). Zu der Tätigkeit gehört u.a. auch die Begleitung presserechtlicher Abnahmen von Sendungen wie z.B. „Panorama“ sowie die selbständige Wahrnehmung von Verwaltungsgerichtsterminen in Rundfunkgebührenverwaltungsstreitverfahren.

Ausbildungsstelle: **Stadtreinigung Hamburg (SRH)**

Justitiariat

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Joachim Greinert

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 25 33- 1370

j.greinert@srhv.de

040 / 25 33-1371

Ausbildungskapazität: jeweils ein Referendar zur Zeit

Rechtsgebiete: Schwerpunkte: Abfallrecht, Allgemeines und Besonderes
Verwaltungsrecht; Arbeitsrecht, Vertragsrecht, sonstige

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung

Ausbildungsinhalte:

im wesentlichen: Prüfung von Verträgen, Kündigungen von Beschäftigungsverhältnissen, Klageverfahren vorbereiten, Widerspruchsbescheide erstellen, Beantwortung allgemeiner Anfragen an die Rechtsabteilung aus den unterschiedlichsten Rechtsgebieten.

Ausbildungsstelle: **SRH Verwaltungsgesellschaft mbH (SRHV)**
Unternehmen der Stadtreinigung Hamburg (SRH)
Anstalt öffentlichen Rechts

Ausbildungsleitung: Herr Joachim Greinert
Geschäftsführer (Regierungsdirektor a.D.)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 25 76 – 3030
j.greinert@srhh.de
040 / 25 33 - 1371

Ausbildungskapazität: ein Referendar zur Zeit

Rechtsgebiete: z.B. öffentliches Wirtschaftsrecht, Vergaberecht, Abfallrecht, Gebührenrecht, Kartellrecht, PPP-Modelle

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Assistenz der Geschäftsführung SRHV
- zusätzlich Justitiariat der SRH
- Vergabekammer der SRH

Ausbildungsinhalte:

- Rechtliche Prüfungen in den genannten Rechtsgebieten
- Vorbereitung und Umsetzung der Entscheidungen der Geschäftsführung der SRHV im Verhältnis zu den nachgeordneten Tochtergesellschaften
- Fertigung von Widerspruchsbescheiden im Rahmen einer Hospitation im Justitiariat der SRH

Ausbildungsstelle: **Steuerberaterkammer Hamburg**

Die Steuerberaterkammer Hamburg ist die Berufsorganisation aller in Hamburg zugelassenen Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie können sich über die Kammer im Internet unter der Adresse www.stbk-hamburg.de ausführlich informieren.

Ausbildungsleitung: Die Ausbildungsleiter sind der Geschäftsführer RA Philipp Seifert und die stellv. Geschäftsführerin Frau RA'in Monika Pläßmann.

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 44 80 43-0
mail@stbk-hamburg.de
040 / 44 58 85

Ausbildungskapazität: Es können bis zu zwei Referendare zurzeit ausgebildet werden.

Rechtsgebiete: Berufsrecht der Steuerberater, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Steuerberatung und darauf bezogenes Wettbewerbsrecht.

- Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in den oben genannten Bereichen.

Ausbildungsinhalte in Stichworten:

- Fragen aus dem Bereich des Berufsrechts der Steuerberater (Steuerberatungsgesetz, Berufsordnung der Steuerberater).
- Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Bestellung von Steuerberatern und dem Widerruf der Bestellung bzw. der Anerkennung von Steuerberatungsgesellschaften und dem Widerruf der Anerkennung.
- Fragen aus dem Bereich des Zivilrechts, des Verwaltungsrechts und auch des Straf- und Prozessrechts im Allgemeinen.
- Gebührenrecht (Steuerberatergebührenverordnung)
- Rechtsfragen aus dem Bereich der Ausbildung von Steuerfachangestellten/innen und Steuerfachwirten/innen, sowie aus dem Prüfungsrecht.

Ausbildungsstelle: **Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie**

Ausbildungsleitung: Rolf von Ostrowski

Telefon, E-Mail, Fax: 040 / 3190 – 2100
rolf.ostrowski@bsh.de
040 / 3190- 5000

Ausbildungskapazität: je zwei Referendare zu einer Zeit

Rechtsgebiete: Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht,
Schuldrecht, Vertragsrecht ,Seerecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Referat für allgemeine Rechtsangelegenheiten, Verwaltungsverfahren

Ausbildungsinhalte:

- Beantwortung von Anfragen an das Rechtsreferat aus verschiedensten Rechtsgebieten (insb. Schuldrecht, Vertragsrecht)
- Mitarbeit und Prüfung einzelner Rechtsfragen im Rahmen von Verwaltungsverfahren zur Genehmigung von Offshore-Windenergieanlagen bzw. Raumordnungsverfahren in der deutschen AWZ der Nord- und Ostsee unter Berücksichtigung der Vorgaben des Seerechtsübereinkommens
- Einbindung und Gelegenheit zu beispielhafter Bearbeitung eines Ordnungswidrigkeitenvorgangs aus dem Bereich MARPOL (Teilnahme an der MARPOL- Kontrolle der Wasserschutzpolizei möglich)

Ausbildungsstelle: **Zollfahndungsamt Hamburg**

Ausbildungsleitung: Frau RD'in Sabine Heise

Telefon, E-Mail, Fax: Frau RD'in Heise: 675 71 – 100 / Herr Lüdke – 608

poststelle@zfahh.bfinv.de

Fax: 675 71 - 201

Ausbildungskapazität: 3 Ausbildungsplätze pro Jahr

Rechtsgebiete: z.B.: Verwaltungsrecht, Beamtenrecht, Personalvertretungsrecht

Ausbildungsinhalte:

- Selbständige Bearbeitung von Rechtsbehelfen
- Erstellen von Rechtsgutachten
- Einführung in die Aufgaben und Befugnisse eines Zollfahndungsamtes
- Teilnahme an Besprechungen

Ausbildungsstelle: **Universität Hamburg**
Präsidialverwaltung

Ausbildungsleitung: Herr RD Burkhard Warninck
Herr LRD Dr. Mathias Neukirchen

Telefon, E-Mail, Fax: Tel. 040 / 4 28 38 – 3292 / Fax -2364
burkhard.warninck@verw.uni-hamburg.de
Tel. 040 / 4 28 38 - 3304; Fax: -6839
mathias.neukirchen@verw.uni-hamburg.de

Ausbildungskapazität: fünf

Rechtsgebiete: Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahrensrecht, Hochschulrecht, Arbeits- und Dienstrecht, Zivilrecht (Vertragsrecht, Haftungsrecht, Miet- und Gesellschaftsrecht)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung Studium, Lehre und student. Angelegenheiten
 - Referat für Rechtsangelegenheiten in Studium und Lehre
AP: Burkhard Warninck (s.o.)

- Abteilung Recht, Personal und Organisation mit:
 - Rechtsreferat (Justitiariat der UH);
AP: ORR Michael Drexler, - 5544
michael.drexler@verw.uni-hamburg.de

 - Referat für Berufungen und Allgemeine Verwaltung
AP: RR Dr. Ute Reußow, -7652
ute.reussow@verw.uni-hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Im Rahmen der Tätigkeitsbereiche der Präsidialverwaltung können von den Referendarinnen und Referendaren Schwerpunkte gesetzt werden. Bei Interesse kann auch überwiegend in den Bereichen Zivil- oder Arbeitsrecht gearbeitet werden. Die Möglichkeit der Gestaltung der Ausbildung nach den eigenen Interessen kann nach vorheriger Absprache ermöglicht werden.

Fertigung von Hochschulsatzungen und Überprüfung von Kooperationsvereinbarungen, Widerspruchs- und verwaltungsgerichtliche Verfahren in Studien- und Prüfungsangelegenheiten, urheber-, patent- und gebührenrechtliche Fragestellungen im Bereich Studium und Lehre; Prüfung von Rechtsfragen bei Verträgen und Ausschreibungen im Zusammenhang mit Forschungsk Kooperationen.

Gutachterliche Stellungnahmen zu arbeits- und dienstrechtlichen Fragen des technischen Verwaltungs- und des wissenschaftlichen Personals, zu Fragen des Datenschutzrechts oder der Selbstverwaltung, einschließlich der Vorbereitung und Durchführung von Gerichtsverfahren.

Gutachterliche Stellungnahmen zu besoldungsrechtlichen Fragestellungen (W-Besoldung) und zum Berufungsverfahren; Entwerfen von Richtlinien oder Leitfäden für die Präsidialverwaltung. Auf Wunsch besteht die Möglichkeit, auch im Rahmen der Analyse und Optimierung von Geschäftsprozessen (Change Management) tätig zu sein.

Ausbildungsstelle: **Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)**

Ausbildungsleitung: Herr RD Jens Leichsenring
Frau Wissenschaftl. Angestellte Andrea Horstmann

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 75 – 9040
jens.leichsenring@pv.haw-hamburg.de
4 28 75 - 9049

Ausbildungskapazität: k.A.

Rechtsgebiete: Zivilrecht: Es können prinzipiell alle Rechtsgebiete vorkommen. Ganz besondere Bedeutung haben: Arbeitsrecht (Bundesangestellten-tarifvertrag, Manteltarifvertrag), Computer- und Internetrecht, Vertragsrecht (Vertragsgestaltung und - überprüfung, Gewährleistungsrecht), Urheber- und Patentrecht und verwandte Schutzrechte (bes. Geschmacks- und Gebrauchsmuster, Markenzeichen);

Öffentliches- und Verfassungsrecht: Beamtenrecht, Forschungs- und Wissenschaftsrecht (Förderungsangelegenheiten (Zuwendungsrecht), Hochschulrecht (u.a. Gremien, Wahlen, Hochschulautonomie (Satzungen, Ordnungen), Recht der studentischen Angelegenheiten (Ausbildungs- und Prüfungsrecht, Statusrecht (Immatrikulation, Exmatrikulation, Beurlaubung), Studierendenschaften, Kapazitäts- und Zulassungsrecht)); Gebühren- und Beitragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung Planung, Entwicklung und Forschung: Justizariat
- Abteilung Studierendenzentrum: Leitung des Studierendenzentrums und Bereich Recht der studentischen Angelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Justizariat: Alle Rechtsgebiete mit Ausnahme des Rechts der studentischen Angelegenheiten sowie der Satzungen betr. Studium und Lehre (bes. Prüfungs- und Studienordnungen, Zulassungs- und Zugangsvoraussetzungen).

Studierendenzentrum (Leitung des Studierendenzentrums und Bereich Recht der studentische Angelegenheiten): Recht der studentischen Angelegenheiten sowie Satzungen betr. Studium und Lehre (bes. Prüfungs- und Studienordnungen, Zulassungs- und Zugangsvoraussetzungen)

Ausbildungsstelle: **Hochschule für Musik und Theater Hamburg (HfMT)**

Ausbildungsleitung: Frau Gabriele Bastians

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 48 – 2587

gabriele.bastians@hfmt.hamburg.de

4 28 48 - 2666

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Hochschulrecht, Arbeitsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, ev. Urheberrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Referat für Rechtsangelegenheiten und Studienplanung

Ausbildungsinhalte:

Anfertigung von Rechtsgutachten, Erstellen von Widerspruchsbescheiden und Schriftsätzen, Leitung einer mündlichen Verhandlung des Widerspruchsausschusses, Konzeption von Satzungen, Teilnahme an den Hochschulsenatssitzungen und anderen Besprechungen

Ausbildungsstelle: **HafenCity Universität Hamburg (HCU)**

Ausbildungsleitung: Herr Niels Helle-Meyer (Ass.jur., Kanzler der HCU)

Ansprechpartnerinnen: Frau Kerstin von Stengel (Assistentin des Kanzlers)
Frau Frauke Nordmann (Referentin für Planung und Organisation)

Telefon, E-Mail, Fax: 4 28 27 - 2734, Telefax: 4 28 27 - 2728
kerstin.stengel@hcu-hamburg.de
frauке.nordmann@hcu-hamburg.de

Ausbildungskapazität: Verwaltungsstation beim Kanzler der HCU,
keine weiteren Referendare/innen

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, insbes. Hochschulrecht, Personalrecht, Vergabe-
und Haushaltsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Zentrale und dezentrale Verwaltungseinrichtungen der HCU
- Präsidium der HCU

Ausbildungsinhalte:

Organisation:

Erarbeitung von Entwürfen für Studien-, Prüfungs-, Promotionsordnungen und Satzungen
Zulassungsbedingungen, Ablehnungsbescheide, Widerspruchsverfahren, Studiengebührenver-
fahren

Gremienzusammensetzungen, Gremienbefugnisse

Wirtschaftliche Verwaltung:

Entwürfe für Kooperationsverträge, Gesellschaftsbeteiligungen, Vergaberecht, Haushaltsrecht

Personal:

Anstellungen, Arbeitsvertragsgestaltung, Kündigungen, Eingruppierungen,
Berufungsverfahren, Ziel-Leistungs-Vereinbarungen, Dienst- und Besoldungsrecht